Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 253. Sonnabend den 28. Oktober **1848.**

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 27—30. (537—540.) Bogen des 18. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 241—243. Frankf. Bg. 297. Mit der heutigen Lieferung ist das 18. Abonnement beendet. Auf das 19. Abonnement (Bogen 541 bis 570) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 26. Oktober.)

Vorsitzender Grabow. — Das Arntz'sche Amendement (s. gestern) wird angenommen und bestimmt, daß Montag, Dienstag und Mittwoch die Verfassung, Donnerstag und Freitag organische Gesetze und Kommissions-Berichte, Sonnabend Petitionen berathen werden sollen. Zwei Abendsitzungen für dringende Anträge und Interpellationen werden vorläufig auf Mittwoch und Freitag festgesetzt. Diese Ordnung soll von künftiger Woche an bestehen.

Man kommt zur Abstimmung über Artikel I. des Verfassungs-Entwurfs: „Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet. Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem preußischen Staat eingeräumten besonderen Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verfassungs-Urkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festsetzen." — Es ist auf Namensaufruf angetragen, derselbe geht vor sich. Die Parteien bieten, während die Stimmen gezählt werden, Alles auf; es erscheinen kranke Abgeordnete in der Kammer, die mitstimmen. Ein Abgeordneter, Müller aus Solingen, welcher sich der Abstimmung enthalten hat, will nachträglich stimmen. Es erhebt sich hierüber eine Debatte und die zweite Abstimmung des Abgeordneten Müller wird nicht zugelassen. Das Sekretariat theilt mit, daß sich Jemand mit einer Einlaßkarte als Deputirter produzirt habe und abstimmen wolle. (Tumult links.) Es erfolgen mehrfache Einwendungen gegen dieses Hinziehen während der Abstimmung unter dem furchtbarsten Lärm auf der Rechten. v. Berg macht sich mit Mühe verständlich: das Land werde über die unwürdigen Mittel richten, die man anwende, um Stimmen zu erlangen;. er bitte seine Freunde darüber kein Wort mehr zu verlieren. (Furchtbarer Lärm rechts; v. Daniels stürzt auf die Tribüne, und spricht einige Worte, die jedoch nicht verstanden werden. Die Glocke des Präsidenten tönt ohne Erfolg. Der Lärm wird immer ärger.) Der Präsident ruft v. Berg zur Ordnung; dieser protestirt gegen den Ordnungsruf. Ueber die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs wird nunmehr namentlich abgestimmt: 170 erkennen die Rechtmäßigkeit an, 172 sind dagegen. Grabow übergiebt das Präsidium an Jonas. Es wird auf namentliche Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs angetragen. v. Berg: ich ziehe meinen Protest zurück. Grabow (auf der Tribüne, als persönliche Bemerkung): ich wünschte, daß auch die Kammer in allen Beziehungen sich vereinbarte. Für meine Stellung ist das Vertrauen durchaus nothwendig. Dieselbe basirt auf der Majorität der Versammlung. Ich erkläre, daß ich das Vertrauen nicht mehr besitze und deshalb mein Amt niederlege. (Sensation. Ruf: wir verlangen namentliche Abstimmung! von der Rechten; v. Berg: ich ziehe meinen Protest zurück! Furchtbarer Lärm. Ruf links: es ist über nichts abzustimmen!) Nach einem entsetzlichen Toben und Lärmen kommt man zur namentlichen Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs. Von 347 Anwesenden stimmen 174 für, 171 enthalten sich der Abstimmung, da gar keine Frage vorliege. — Grabow hat inzwischen die Versammlung verlassen. — Der Abgeordnete Rottels wird zur Abstimmung über Artikel 1 der Verfassung zugelassen; er stimmt mit Nein. Das Resultat dieser Abstimmung wird endlich im Gauzen bekannt gemacht, es haben für Artikel 1 (incl. Amendement Phillips) gestimmt: 181, dagegen 179. Der Abstimmung haben sich enthalten 3, gefehlt 39. Artikel 1 ist demnach angenommen.

v. Kirchmann erklärt im Namen seiner Freunde: sie hätten sich der Abstimmung über den Ordnungsruf enthalten, weil kein Antrag vorgelegen. (Die gesammte Linke, die Fractionen Waldeck-d'Ester und Rodbertus-Berg erheben sich bei diesen Worten).

Man geht endlich zur Berathung des Artikel 2 der Verfassungs-Urkunde über. Derselbe lautet:

„Die Grenzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden."

Der Artikel 2 wird einstimmig ohne Diskussion angenommen.

Die Amendements, welche bei der Einleitung der Verfassungs-Urkunde zu dem Titel „König von Preußen" gestellt waren, werden zurückgezogen.

Nach kurzer Debatte wird die Ueberschrift des Titel 2: „von den Rechten der Preußen", sowie Artikel 3 angenommen. Artikel 3 lautet:

„Die Eigenschaft eines Preußen begründet, erwirbt und verliert man nach der Bestimmung des Gesetzes. Die Bedingungen für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte werden durch die Verfassung und besondere Gesetze bestimmt."

Artikel 4 lautet:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es giebt im Staate weder Standesunterschiede, noch Standesvorrechte, noch einen besondern Adelsstand."

Es sind verschiedene Amendements eingegangen, welche sich meist auf die Abschaffung, resp. Aufhebung des Adels beziehen. Jung will, daß Orden und Titel, die nicht blos das Amt bezeichnen, künftighin nicht ertheilt werden können. Die Amendements werden unterstützt und die Berathung des Artikel 4 für heute ausgesetzt. — Herr v. Unruh hat inzwischen das Präsidium übernommen und theilt ein Schreiben des Präsidenten Grabow mit, in welchem derselbe wegen angegriffener Gesundheit um einen 4wöchentlichen Urlaub und Einberufung seines Stellvertreters bittet. Der Urlaub wird ertheilt. (Schluß 2 Uhr.)

Berlin, 26. Oktober. [Amtl. Art. des St.-A.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Oberförster Gebauer zu Warnicken, Regierungs-Bezirk Königsberg, den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; den Ober-Auditeur, geheimen Justizrath Fleck, vom General-Auditoriat, zum geheimen Kriegsrath und Rath dritter Klasse im Kriegs-Ministerium mit einer Anciennetät vom 26. November 1846 zu ernennen; und dem Land- und Stadtgerichts-Assessor Schulze zu Schwetz den Charakter als Land- und Stadtgerichtsrath zu verleihen.

Das 48. Stück der Gesetzsammlung erhält unter Nr. 3050 den allerhöchsten Erlaß vom 21. September d. J., betreffend die Abänderung mehrerer Bestimmungen des Porto-Regulativs vom 18. Dezember 1824; Nr. 3051 desgleichen von demselben Tage, betreffend die Ergänzung und Abänderung der See-Assekuranz-Gesellschaft zu Stettin; und Nr. 3052 das allerhöchste Privilegium vom 2. Oktober d. J., wegen Emission von 800,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

□ **Berlin,** 26. Oktober. [Tagesbericht des Corr.-B.] Die gegenwärtige Ministerkrisis zieht die öffentliche Aufmerksamkeit noch viel weniger auf sich als die vorangegangenen. Daß die von Herrn Pfuel erbetene Entlassung ertheilt ist, können wir heute nur bestätigen, obschon eine offizielle Eröffnung weder in der Kammer noch durch den Staats-Anzeiger erfolgt ist. Graf Brandenburg hat den ihm angetragenen Conseilsvorsitz abgelehnt und Berlin verlassen. Die Anfmerksamkeit des Publikums fehlt diesem Ereigniß so ganz und gar, daß nicht einmal Kombinationen versucht werden. Auch Herr Flottwell wird nicht mehr genannt. Hier und da hört man den Grafen Ingenheim als einen Portefeuilles-Kandidaten bezeichnen. Dem Freihrn. v. Redern soll das Handelsministerium schon vor der Krise zugedacht gewesen sein. — In der Umgebung des Zeughauses erlebten wir heut wieder einen Auflauf, der an die Junitage Berlins erinnerte. Es wurden von neuem Waffen und Munition auf Kähne verladen, um nach Potsdam geführt zu werden. Es sammelten sich Volkshaufen, die Miene machten, den Transport zu verhindern. Auch unter der Bürgerwehr sprach sich hier und da der Entschluß aus, die Abfahrt des Kahns zu hintertreiben. Der Kommandeur ließ indeß einige Bürgerwehrabtheilungen vorrücken, welche die Volkshaufen von dem Kahne trieben. — Die Ecken starren wieder von Plakaten. Der Bürgerwehr-Klubb hat deren nicht weniger als drei zugleich veröffentlicht: Eine „Warnung" an die fliegenden Korps vor einer heimlichen Entziehung ihrer Waffen, mit Beziehung auf die Wegnahme des Waffenvorraths des Studentenkorps; eine Verwahrung gegen den Dank des Königs in Bezug auf die Emeute vom 16ten, und endlich eine Aufforderung an den Bürgerwehr-Kommandeur, dem Sicherheits-Ausschuß keinen Einfluß auf seine Entschließungen zuzugestehen. — Ein ferneres Plakat des Social-Vereins hat die Ueberschrift: „Berlin muß sofort verproviantirt werden!" Der Social-Verein (Held, Präs.), von dem dieser Aufruf ausgeht, weist darin auf Wien hin und fordert Berlin auf, sich auf einen Belagerüngszustand gefaßt zu machen, Man möge Mehl, Pökelfleisch, Kartoffeln und Hülsenfrüchte aufkaufen u. s. w. — An Rednern, die sich unter die Gruppen mischen, fehlt es natürlich auch nicht. Hinter dem Zeughaus erhob sich plötzlich Tumult und wildes Geschrei. Ein Mann wand sich, von allen Seiten geschlagen und gestoßen, durch die Menge, Hunderte stürzten nun hinter ihm her, er wurde ergriffen und unter Schlägen nach der neuen Wache transportirt. Er hatte zu einem Angriff auf den mit Waffen beladenen Kahn aufzureizen versucht, als den schon aufgeregten Zuhörern die Mittheilung gemacht wird, der „Aufwiegler" sei kein anderer als ein Kriminalkommissarius Namens Damm. Das Wachtgebäude wurde fast gestürmt, und nur mit Mühe gelang es einer Abtheilung Scharfschützen, die Menge aus den Vorräumen zu entfernen. — Der Demokraten-Kongreß hat heute früh seine Sitzungen im englischen Hause begonnen. — Die Konferenz der Linken, das sogenannte neue Vorparlament, beginnt morgen. Aus Frankfurt sind bereits eingetroffen Zitz, Simon (Trier), v. Trützschler. Das Gouvernement scheint diese Zusammenkunft nicht ohne Argwohn zu betrachten. — Die Arbeits-Einstellung der Kattundrucker geht einer gütlichen Erledigung entgegen. Die Arbeiter sind auf einen Vorschlag, die Streitsache durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, eingegangen.

Außer einigen Fabrikanten sind die Abgeordneten Berends, Jung und Nees v. Esenbeck, so wie der Vorsitzende des Comité der deutschen Arbeiterverbrüderung, Goldschmied Bisky, zur Entscheidung berufen worden.

(*) **Berlin**, 26. Oktober. [Ministerkrisis. Major Teichert.] Obwohl über den Austritt des Herrn v. Pfuel als Ministerpräsident und Kriegsminister ein augenblickliches Stillschweigen eingetreten ist, so bleibt es nichtsdestoweniger eine gewisse Thatsache, daß der König schon am 21. d. diese angebotene Entlassung angenommen hat. Die Besetzung dieser kombinirten Stellen durch eine andere Persönlichkeit verursacht in diesem Augenblick ein außerordentliches Drängen und Bewegen in den oberen Regionen, in allen Kreisen aber glaubt man, daß es sich bei dieser Ernennung um das entscheidende Gewicht in der Waagschale unserer nächsten Zukunft handle. Unter den einflußreichen Personen, welche den König in diesem wichtigen Moment am meisten umgeben, nennt man vornehmlich die Generale v. Rauch und v. Gerlach, welchem letzteren die kürzlich stattgefundene Einführung des Professor Leo aus Halle bei der Person des Königs beigemessen wird. Wir gehen neuen thatsächlichen Entscheidungen unserer Lage entgegen, und über die Mittel dazu hat keine Einigung mit dem bisherigen Ministerpräsidenten stattfinden können, der jedoch die Geschäfte noch bis zu seiner Ersetzung fortführen wird. Herr v. Pfuel strebte offenbar nach einer vermittelnden Politik und suchte einen Uebergang der Parteien ineinander anzubahnen, wozu aber der Moment — um mit den verhängnißvollsten Stichwörtern der Zeit zu sprechen — entweder zu früh oder zu spät gewählt war. Daß aber dieser Versuch gerade von ihm gemacht wurde, wird eines der seltsamsten Intermezzos in unserer neuen Staatsentwickelung bleiben. Herr v. Pfuel hat sich bereits heute eine Wohnung in der Stadt miethen lassen. — Der Major Teichert, unser Abgeordneter für die deutsche Nationalversammlung, verweilt seit einigen Tagen bei uns, und hat sich in vertraulichen Kreisen mehrfach über das Bedenkliche unserer Lage geäußert, was wir nur um deswillen hier zur Anführung geeignet erachten, weil Herr Teichert nach seiner Rückkehr zur Nationalversammlung in Frankfurt einen darauf bezüglichen Antrag stellen will, welcher die gegenwärtige Cernirung Berlin's durch eine Truppenmasse von 50,000 Soldaten zum Gegenstand haben soll. Ueber diese unsere militärische Umgebungen verbreiten sich mehr und mehr die sorgenvollsten und hypochondrischsten Ansichten.

Berlin, 26. Okt. [Die Berliner Zustände und der Demokraten-Kongreß.] Aus provinzieller Ferne mögen manchem die hiesigen Verhältnisse oft recht kraus und kunterbunt vorkommen, namentlich wenn man sich daran gewöhnt hat, die Vossische oder Spenersche Zeitung als Quellen zu benutzen. Man geräth auf diese Weise sehr leicht in Versuchung, die hiesigen Zustände von einzelnen Persönlichkeiten abhängig zu machen. Das wäre eine doppelte Täuschung, denn erstens hat das Regiment der Persönlichkeiten überhaupt ein Ende, es sind Zustände an deren Stelle getreten, und zweitens sind es am allerwenigsten die oft genannten Persönlichkeiten, welche irgend welchen Einfluß ausüben. Die Karbe und Held genießen vor vielen andern unbedeutenden Menschen Berlins nur den Vorzug, daß sie wegen gewisser körperlicher Auffallenheiten in der ganzen Stadt bekannt sind. Die Jugend lärmt und schreit ihnen entgegen, wenn sie bei Straßenkrawallen erscheinen und die Vermittler zu spielen versuchen. Das ist Alles. Im Uebrigen glaubt ihnen der Berlinur das, was er selbst begreift. Auf ihre Worte zu schwören, ihnen Vertrauen zu schenken, fällt ihm nicht ein. Der Berliner ist selbst bis in die untersten Schichten zu sehr Kritiker, als daß er sich von Personen von sehr zweifelhafter Kapacität und noch zweifelhafterem Charakter sollte gefangen nehmen lassen. Es ist endlich Zeit, daß wir gegen eine Vermischung unserer Sache mit diesen Männern alles Ernstes protestiren. Als heute Nachmittag die Zusammenrottung mehrerer hundert Menschen vor dem Zeughause stattfand, sah ich selbst, wie die Männer der freien Richtung jedem Zusammentreffen mit einem dieser sogenannten „Volksführer" auswichen. Ich sage nicht zu viel: Jeder aufrichtige Demokrat vermeidet es, mit Held oder Karbe während des Tages über die Straße zu gehen. — Bereits gestern Abend trafen die meisten Abgeordneten zum Demokraten-Kongresse hier ein. Abends allgemeine Visite bei Waßmann. Man rief die Namen auf — eine gute Gelegenheit, diese verhaßten Aufwiegler zu mustern —. Im Ganzen viel Jugend, viel Keckheit in Haltung und Bart. Grausam große, urteutonische Bärte! Auf den Ruf: „Erbe aus Altenburg!" antwortete ein nonchalanter Bierbaß: „Hier!" Jeder wollte diesen Republikaner-Häuptling sehen. „Aufstehen, sich präsentiren." Eine unansehnliche, hausbackene Figur tauchte im Hintergrunde des Saales auf. Ich kenne Erbe — eine ehrliche, anspruchslose, biedere Haut, aber ohne hervorstechenden Geist. Bayerhofer, eine zierliche, feingeschnittene Gestalt, kann den Professor nicht verhehlen. Kinkel aus Bonn schwankt zwischen Maler und Literat. Doch wozu diese Porträts, Sie wollen die Totalphysiognomie, und diese ist jedenfalls eine andere, als die des Preußenvereins. Die meisten der Deputirten sind geistig bedeutsame Persönlichkeiten. und dieser und jener wird in den Fluktuationen unserer Zustände noch eine bedeutende Rolle spielen. Später wurde Held sichtbar. Die allgemeine Stimme sprach sich gegen ihn aus; möglich, daß er von den Berathungen ausgeschlossen wird. Die Schlesier waren fest entschlossen, dies zu beantragen.

≌ **Berlin**, 26. Oktober. [Adressen. — Gemeinde-Ordnung.] Die Stadtverordneten-Versammlung hat heute auf den Antrag der Stadtverordneten Ulfert und Sägert beschlossen, 2 Adressen an die Nationalversammlung und an das Staatsministerium abzusenden. Die erstere enthält die Aufforderung, zur Beruhigung des Landes und zur Hebung des allgemeinen Vertrauens das Verfassungswerk zu beschleunigen. Die andere theilt dem Staatsministerium eine Abschrift der Adresse an die Nationalversammlung mit, mit dem gleichzeitigen Ersuchen, die Erfüllung der darin ausgesprochenen Bitte nach Kräften zu unterstützen. — Die Kommunalbehörden haben jetzt die Zusammenberufung eines allgemeinen Städtetages, zur Vorberathung über die neue Gemeindeordnung definitiv beschlossen. Derselbe soll auf Mittwoch den 22. November, Vormittags 10 Uhr hier in Berlin eröffnet und die Nationalversammlung gebeten werden, bis nach Beendigung des Kongresses die Berathung über die Gemeindeordnung auszusetzen. Die Einladungen dazu sollen jeder Stadtgemeinde durch Vermittelung der Magistrate der Kreisstädte zugehen und dabei der Wunsch ausgesprochen werden, daß sich die kleinen Städte mit der Kreisstadt über die Absendung eines Abgeordneten dazu einigen. Ebenfalls soll die Einladung durch die Berliner Zeitungen an alle Stadtgemeinden, ohne Rücksicht auf ihre bisherige Gemeindeverfassung, ergehen. In derselben soll zugleich ausgesprochen werden, daß ein Majoritätsbeschluß keineswegs bindend für die Mitglieder des Kongresses, sondern es Jedem überlassen sein soll, sein Votum bei der Nationalversammlung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Der Magistrat war dafür, auch die Landgemeinden einzuladen, die Einladungen aber nur durch die 25 Regierungs-Hauptstädte zugehen zu lassen, mit dem Ersuchen, daß sich jeder Regierungsbezirk über die Wahl von 6—10 Abgeordneten einigen möge. Gleichzeitig wurde als der Sitz der Kongresses Magdeburg vorgeschlagen, da man die Berathung des Kongresses hier nicht frei von äußeren Einwirkungen erachtete. Die Stadtverordnetenversammlung hat diese zwei Punkte jedoch entschieden abgelehnt, vorzüglich aber die Ansicht bekämpft, als ob hier in Berlin die Berathung des Kongresses gefährdet sei. — Der Magistrat hat jetzt die Statuten des Komité's für die Hinterbliebenen und Verwundeten der Märzkämpfer entworfen. Grundsatz ist, daß alle Diejenigen, welche in den Tagen vom 13.—19. März verwundet worden, oder Hinterbliebene der Verwundeten sind, Anspruch auf Unterstützung haben, gleichviel ob dieselben beim Kampfe speziell betheiligt waren, wenn nur die Verwundung durch den Kampf herbeigeführt worden ist. Als Bestand sind 74,413 Rtlr. 3 Sgr. am 1. September d. J. geblieben. Vom 19. Mai bis dahin haben 1313 Personen kleine vorübergehende Unterstützungen bis zu 4 Rtlr. und 883 Personen größere und dauerndere Unterstützung in Summa von 21,000 Rtlr. empfangen. Nach einer allgemeinen Uebersicht werden 123 Personen eine laufende Unterstützung empfangen, welches eine Summe von 18,000 Rtlr. beansprucht, so daß also das Kapital circa 4 — 5 Jahre ausreichen würde. Man geht jedoch sehr stark damit um, die ganze Angelegenheit dem Staate zu überweisen.

Am 24sten haben bei Pichelsberg sehr interessante Schießversuche nach einem der königl. Seehandlung gehörigen eisernen Schleppschiffe, Seitens der königl. Artillerie-Prüfungs-Commission, stattgefunden. Die Wirkungen der Kugeln haben ein für den Bau eiserner Dampfboote äußerst günstiges Ergebniß geliefert, indem keine Platte dabei gerissen, kein Niet geplatzt ist. Die Kugeln schlugen aus einer Entfernung von 200—2000 Schritten runde Löcher, ohne die anderen Theile der getroffenen Platten zu zerstören, oder auch nur zu beschädigen.

Der Kongreß der Demokraten Deutschlands ist gestern Morgen im englischen Hause eröffnet worden. Der Saal war in sehr demonstrativer Weise dekorirt. Ueber der Erhöhung für den Präsidententisch erblickte man drei republikanische Fahnen, links die französische, rechts die der Schweiz, in der Mitte die der nordamerikanischen Freistaaten. An den Seiten des Saales figurirten Fahnen der verschiedenen demokratischen Klubbs. Die Mitglieder des Kongresses, welche nach ungefährer Schätzung aus 150 bis 200 bestehen mochten, befanden sich unten im Saal, die Tribünen waren für die Zuhörer reservirt. Nachdem die Versammlung durch das Mitglied des Central-Ausschusses der Demokraten Deutschlands, Herrn Kriege, bewillkommnet war, proponirte derselbe, den anwesenden Hrn. Georg Fein zum Präsidenten zu ernennen, was mittelst Akklamation angenommen wurde. Zu Vicepräsidenten wurden die Herren Dr. Asch aus Breslau und Prof. Baierhofer aus Marburg ernannt, zu Sekretären die Herren Th. Held aus Sachsen, Lüders aus Stettin, Hildebrandt aus Giessen, Dyrenbach aus Leipzig. Es wurde darauf von Herrn Siegmund aus Berlin eine Kommission zur Prüfung der Mandate beantragt, welchen Antrag Herr Hexamer dahin modifizirte, dies Geschäft dem demokratischen Centralausschuß zu übertragen. Die Herren Meyen und Schramm unterstützten letzteren Antrag, jedoch mit dem Zusatz, von jedem Kreisauschuß ein Mitglied hinzuwählen zu lassen. Dies geschah und wurde darauf dem Centralausschuß eine Kommission, bestehend aus den Herren: Brausewetter aus Königsberg, Streckfuß aus Berin, Mantei aus Stettin, Jäckel aus Leipzig, Wislizenus aus Halle, Nagel aus Westphalen hinzugesellt. Hiernächst las Dr. Asch aus Breslau eine Geschäftsordnung vor, welche sofort angenommen wurde, gedruckt und vertheilt werden soll. Demnächst erfolgte die Verlesung der Liste über Namen und Heimath der erschienenen Abgeordneten, welche vermuthlich ebenfalls gedruckt werden wird. Hieran knüpfte sich nun eine ziemlich konfuse und regellose Debatte über einen von einigen Seiten erhobenen Protest gegen die Mitglieder des Brandenburgischen Kreis-Ausschusses, worin man ein Uebergewicht der Berliner Abgeordneten, oder, wie ein zweiter Redner sagte, eine Hegemonie Berlins erkennen wollte. Von andern Seiten wurde gegen diese Debatte eingewandt, daß es dazu überhaupt zu früh sei, indem man sich erst konstituiren, d. lh. die Mandate prüfen müsse, bevor man zur Berathung und Abstimmung reif sei; es müsse deshalb für jetzt Vertagung stattfinden. Darüber entstand ein neuer Streit, wobei ein Abgeordneter den lebhaften Ordnungsruf der Versammlung provozirte, indem er erklärte, die Geschäftsordnung sei auf ganz ungeziemende Weise angenommen. Nachdem der Präsident dringend um Ruhe gebeten hatte, weil man sonst, wie er bemerkte, glauben könnte, daß es hier zugehe wie in der Paulskirche zu Frankfurt, und nachdem verschiedene Einwendungen gegen das Verfahren des Präsidenten selbst, der zu frühzeitige Abstimmungen beliebt haben sollte, angehört und erledigt waren, drang endlich der erneuerte Ruf auf Vertagung, da die Versammlung noch gar nicht beschlußfähig sei, durch. Besonders wies Herr Heramer darauf hin, daß man sich mit einer ganz fruchtlosen Debatte in wenig würdiger Weise zersplittere. Man vertagte sich demgemäß bis zum Nachmittag um 3 Uhr, bis wohin die Kommission mit der Prüfung der Mandate der Abgeordneten fertig sein sollte. — Robert Blum, der sich unter den nach Wien geeilten Demokraten befand, ist hier eingetroffen. Man sah ihn gestern mit mehreren bekannten Personen der demokratischen Partei unter den Linden spazieren gehn. Die Krisis der Wiener Zustände scheinen die Führer nicht abgewartet zu haben, da auch von mehreren andern berichtet wird, daß sie diese Stadt bereits verlassen haben.

(Voß. Z.)

Düsseldorf, 22. Okt. [Volksversammlung.] Für den heutigen Tag war eine große öffentliche Volksversammlung im freien Felde auf dem Schützenplatze bei Derendorf ausgeschrieben. Eine öffentliche Warnung seitens des Oberbürgermeisters und Polizei-Inspektors war die Antwort darauf, da die Erlaubniß zu dieser Versamulung nicht nachgesucht war; es fanden sich nun heute schriftliche Plakate, welche diese Versammlung in ein Wirthslokal von Derendorf verlegt, wohin denn auch gegen 3 Uhr einige hundert Mann unter Musikbegleitung und Vorantragung der feuerrothen Fahne zogen. Auch die Gräfin Hatzfeld und ihr Sohn fanden sich bei dem Zuge ein, in einem Wagen hintendrein fahrend. In dem Hofe der „sieben Schwaben" versammelte man sich, die rothe Fahne wehte aus einem Fenster über die Rednerbühne. Mit Dunkelwerden zog man zu einem Volksbanquet von Derendorf nach dem Wehrhahnen mit Musik und Gesang und Vorantragung der rothen Fahne.

(Volks-Halle.)

Deutschland.

□ **Frankfurt a. M.**, 24. Okt. [102. Sitzung der deutschen verfassunggebenden National-Versammlung.] Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über §§ 2, 3 und 4 des Verfassungsentwurfs und Ergänzungswahl für den Ausschuß der Geschäftsordnung. — Eröffnung der Sitzung um 9½ Uhr durch Vicepräsidenten Simson. Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und ohne Reklamation angenommen. Hierauf wird der Austritt des Abgeordneten Spurgheim von Ybbs aus der National-Versammlung angezeigt, sowie Mittheilung eingegangener Beiträge für die deutsche Kriegsflotte gemacht, — Blömer aus Aachen Namens des Gesetzgebungsausschusses zeigt den Bericht über den Antrag des Abgeordneten Wesendonk an, welcher verlangt, daß

die Untersuchungsakten über die Ereignisse des 12. September an den Appellationsgerichtshof zu Köln gesandt, um dort geprüft zu werden und die Entscheidung über die Betheiligten nach dem rheinischen Strafprozeßverfahren eintreten soll, um solchen durch Tagesordnung zu beseitigen. Dieser Bericht wird gedruckt und auf eine der nächsten Tagesordnungen gebracht. Soiron von Mannheim zeigt Namens des Verfassungsausschusses an, daß ein neuer Abschnitt des Verfassungsentwurfs, welcher vom Reichsgericht handelt, gefertigt sei. — Jucho von Frankfurt stellt in Folge seiner gestrigen Interpellation den Antrag: das Reichsministerium wolle mit Rußland in denselben diplomatischen Verkehr treten, wie dies mit Frankreich und England geschehen ist. Wird an den Ausschuß für internationale Angelegenheiten gewiesen. Sänger aus Grabowo in Posen fragt das Reichsministerium, welche Schritte dasselbe in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 24. Juli zur Feststellung einer definitiven Demarkationslinie in Posen gethan hat oder zu thun gedenke. Jahn aus Freiburg an der Unstrut stellt an das Reichsministerium folgende Fragen: **da laut Zeitungsnachrichten einige Abgeordnete aus der Paulskirche verschwunden sind, um nach Wien zu reisen, österreichische Soldaten aber verschiedene Redner verhaftet, so erfordert die Fürsorge zu wissen, welche Vorsichtsmaßregeln das Ministerium ergriffen, um jene Abgeordneten zu schützen; ob dieselben mit gültigen Aufträgen nach Wien gereist sind, ob sie mit Reichspässen versehen oder nur als Freischärler dorthin gegangen sind.** — Reichsminister Schmerling erwidert auf die Anfrage Sängers hinsichts Feststellung der Demarkationslinie in Posen, daß schon seit längerer Zeit der sächsische General Schäfer als Reichskommissär ernannt worden, um dies zu erledigen, es fehlen jedoch noch die bezüglichen Papiere seitens der preußischen Regierung, um zum Ziele gelangen zu können. — Die Forderung Mayfeld's von Wien, eine schriftliche Erklärung über eine von dem Abgeordneten Vincke gegen ihn gemachte Aeußerung verlesen zu dürfen, wird nicht angenommen. — In der Tagesordnung erhält Beidte aus Brünn zuerst das Wort. Derselbe beleuchtet die Zustände der einzelnen Landestheile der österreichischen Monarchie und findet, daß dadurch ein Zerreißen der Gesammtheit nicht herbeigeführt werden muß, denn dieselbe wird ihren Verpflichtungen stets nachkommen, und ist es bereits mehr, als manche andere Regierung. Oesterreich wird sich sogar dem Zollverein anschließen, wie dies auch Ungarn wünscht und von Galizien zu erwarten ist. In Berücksichtigung des gegenseitigen Verkehres ist es sogar erwünscht, daß die österreichischen Gebietstheile zusammengehalten werden, da nur dadurch die Ruhe Deutschlands, Oesterreichs und selbst der Slaven erhalten werden kann. Niemand würde in eine Trennung willigen, sondern eher den Kampf des Unterganges wagen. Um daher nicht großes Unglück herbeizuführen, wird von demselben die dringende Bitte zu wiederholtenmalen ausgesprochen, dafür zu sorgen, daß die Ruhe Oesterreichs erhalten werde. Wagner aus Steyer verlangt definitives Festhalten des deutschen Oesterreichs bei Deutschland, da dies aus völkerrechtlichen, geschichtlichen, sprachlichen und sittlichen Rücksichten zu Deutschland gehört, ohne jedoch die vergilbten Pergamente der pragmatischen Sanktion zu zerreißen, da ja doch die deutschen Provinzen Oesterreichs die übrigen nur im Schlepptau nachgezogen haben. Es kann dies nur zum Vortheil Deutschlands gereichen, da eben sogar ein Bevollmächtigter der Wallachei hier anwesend sei, um den Schutz der Deutschen nachzusuchen, welches benutzt werden möge, um jene Landestheile für sich zu gewinnen. Eine Trennung ist also nicht thunlich, da Oesterreich der Deutschen bedürftig, und diese hinwiederum der deutschen Oesterreicher bedürftig sind, weshalb im Nothfall auf deren Arme zu rechnen sei. (Allgemeines Bravo!) Kayser von Wien giebt in Folge der von dem Abgeordn. Waitz gestellten Frage: ob die Oesterreicher sich von Deutschland trennen werden, und das von ihm und seinen Gesinnungsgenossen gestellten Antrages des § 2 des Entwurfs mit dem Zusatze zu versehen: „die Verhältnisse Oesterreichs bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten", eine Erklärung dahin ab, daß Oesterreich bei Deutschland verbleiben wird. Die Fassung der §§ finden den Beifall des Redners nicht, da bei Ausführung derselben Deutschland nicht blos einen Theil der österreichischen Monarchie zu selbstständigen Reichen machen, sondern dieselben sogar zu seinen Feinden machen würde. Eine Personalunion durchzuführen ist nicht so leicht, da die einzelnen Provinzialstände bis jetzt fast gar keinen Einfluß auf die Regierungsverhältnisse Oesterreichs ausgeübt hätten, und dadurch nur eine Selbstständigkeit der Einzeltheile eintreten wird, die nicht gutgeheißen werden kann. — Mühlfeldt von Wien verwahrt sich zuerst gegen den Vorwurf als schwarzgelb zu erscheinen, daß er mit seinen Gesinnungsgenossen das Minoritätsgutachten zu § 2 und 3 gestellt, indem er dadurch nur für Eventualitäten habe sorgen wollen, die noch nicht vorherzusehen wären. Ein Zusammenhalten der verschiedenen Landestheile Oesterreichs durch eine Personalunion scheint nicht möglich zu sein, namentlich wenn das konstitutionelle Prinzip in den einzelnen Theilen das leitende ist. Es würde dadurch eine Trennung eintreten, die die Bezeichnung Oesterreichs als Gesammtstaat vernichten muß, wenn man den deutschen Theil noch so benennen mag, das Ganze kann nicht mehr darunter verstanden werden. Die pragmatische Sanktion ist daher auch nicht eine bloße Form, sondern ein sehr wesentliches Moment der österreichischen Dynastie, wie solches die Vollmacht beweist, die die ungarischen Bevollmächtigten vorzeigten, die in der Sitzung vom 25. Mai in der Nationalversammlung anwesend waren. Die Auflösung des Verhältnisses dürfte daher für Deutschland keinen Vortheil herbeiführen, zumal bei der geographischen Lage der einzelnen Theile der österreichischen Monarchie mancherlei Nachtheile augenscheinlich hervortreten. Oesterreich hat aber die Aufgabe, deutsche Freiheit nach dem Osten und Südosten zu tragen, die jedoch nur auf dem Wege der Gleichberechtigung der einzelnen Staaten möglich ist. Deutschland kann aber nur gewinnen, wenn Oesterreich in seiner bisherigen Gestalt als Föderativstaat bestehen bleibt. Vincke aus Hagen ist gegen die Ansicht im § 3 des Verfassungsausschusses, da eine Personalunion nicht geeignet ist, den Zusammenhang der österreichischen Monarchie zu erhalten, wenn gleich mehrere Redner vor ihm durch verschiedene Gründe darzuthun suchten, daß die Interessen es seien, die die Völker zusammen hielten. Schmerzlich hat es den Redner berührt zu sehen, daß in einer Versammlung, wie die bestehende, nicht besser geurtheilt werde. Um daher nicht die Nachtheile herbeizuführen, welche schon mehrfach ausgesprochen, sei es nothwendig, Oesterreich mit Deutschland innig zu verbinden; wenn aber dieses nicht möglich, dann möge Oesterreich im Interesse Deutschlands eine exceptionelle Stellung neben demselben einnehmen. (hört! hört! hört! links). Um daher den angedeuteten Uebelständen auszuweichen und die so sehr gewünschte Ruhe Oesterreichs selbst im Interesse Deutschlands herbeizuführen, sei das Amendement Kaysers zur Annahme zu empfehlen. Nur im Interesse Preußens könne man die Annahme der §§ 2 und 3 wünschen, da Oesterreich unfehlbar in Folge derselben von Deutschland ausscheiden müßte, und somit Preußen eine besondere Stelluug einnehmen würde. Als Deutscher jedoch kann sich der Redner dieser Ansicht nicht anschließen. — (Bravo!) — Schneider von Wien ist für dle §§ des Verfassungsausschusses nicht blos aus historischen, sondern auch aus politischen Gründen, da die pragmatische Sanktion durch Zustimmung der Provinzialstände genehmigt wurde, mithin auch durch Zustimmung derselben gelöst werden kann, die Abgeordneten in der Paulskirche zu dem Zwecke zusammen gekommen sind, um das Verfassungswerk für Deutschland zu gründen, die Annahme des Minoritätsgutachtens zu § 2 über die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland nicht besonders befestigen würde. — Die Vortheile, welche für Oesterreich aus dem Anschlusse seiner deutschen Provinzen an Deutschland erwachsen, zeigt der Redner in Anführung verschiedener statistischer Zahlen in Bezug auf Besteuerung, Feststellung des Militäretats und dem Einkommen verschiedener Monopole, woraus deutlich hervorgeht, daß die nicht deutschen Provinzen bei weitem nicht die Lasten tragen, welche den deutschen Landestheilen aufgebürdet sind. — Der Angriff des Abgeordneten Eißenmann auf die österreichische Regierung, daß es zu wünschen sei, daß deutscher Einfluß auf die fremden Landestheile aufgehoben werde, muß aber mit Entrüstung zurückgewiesen werden, da nur durch deutsche Gesittung und Bestrebungen der Sieg der Demokratie zu Gunsten eines kräftigen und einheitlichen Deutschlands möglich, wovon auch Ungarn seine Vortheile gezogen. — Clemens von Bonn ist gegen § 2 und 3 des Verfassungsentwurfs, da sie nicht im wahren Interesse Deutschlends abgefaßt sind, sondern ein einiges, starkes Oesterreich vortheilhafter für dasselbe ist. Die einzelnen Bestandtheile der Monarchie Oesterreich werden sich inniger an einander anschließen und zum Bestehen der Gesammtheit besser wirken, als in einer blos völkerrechtlichen Verbindung, in welcher das revolutionäre Element nur genährt werden kann. Biedermann aus Leipzig ist für die Verfassungsparagraphen, weil es Pflicht der Nationalversammlung ist, ihre Bedingungen aufzustellen, unter welchen die verschiedenen Völkerstämme neben einander bestehen sollen, und nur dann, wenn es der österreichischen Monarchie nicht möglich, unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf ein Bündniß einzugehen, darf es erlaubt sein, eine Aendernng der Bestimmungen eintreten zu lassen. — Reichensperger von Trier ist für diejenige Politik, welche die Vergangenheit mit der Gegenwart und der Zukunft zu vereinigen strebt, um einen Umschlag in das Aeußerste zu vermeiden. Daher ist der § 3 zu verwerfen und § 2 wegen seiner durchschneidenden Schärfe zu mäßigen. Das Minoritätserachten zu § 2 ist aber nicht zur Annahme geeignet, da durch die Ereignisse der letzten Zeit die Eventualitäten für dasselbe sehr im Wachsen begriffen und eben dadurch das Bestehen der österreichischen Monarchie gefährdet ist. § 2 könnte angenommen werden, wenn statt des Wortes „sein" am Schlusse „werden" gesetzt würde. — Venedey von Köln fragt den Ausschuß für internationale Angelegenheiten, wie weit die Arbeit über die Anträge in der Schweizerfrage gediehen sei, worauf die Antwort erfolgt, daß dieselbe heute erst dem Ausschuß zugegangen. Schluß der Sitzung um 2¼ Uhr. Nächste Donnerstag. Tagesordnung: Fortsetzung über §§ 2, 3 und 4. — Man bemerkt, daß die meisten neu eintretenden Mitglieder sich auf die linke Seite setzen. — Allgemein heißt es auch, daß der Präsident von Gagern den nächsten Monat, wenn die Wahl wieder auf ihn fällt, die Präsidentschaft nicht mehr annehmen will.

□ **Frankfurt a. M., 24. Okt.** [Tagesbericht.] Gestern Nachmittag um 4 Uhr fand die feierliche Beerdigung des Abgeordneten zur konstituirenden National-Versammlung, Brunck aus Rheinhessen, statt. Am Grabe sprachen Gagern und Löwe von Calbe. Der Verstorbene gehörte zu den politischen Freunden des letzteren. — Heut Morgen sind die Abgeordneten Simon von Trier und v. Trützschler aus Sachsen, beide der Fraktion des Donnersbergs, der äußersten Linken, angehörig, nach Berlin zu dem am 27. d. M. dort stattfindenden neuen Vorparlament abgereist. — Der Austritt des Abgeordneten Zitz von Mainz aus der konstituirenden National-Versammlung wird voraussichtlich eine interessante Prozeßkombination zur Folge haben. Während die mit ihm wegen der Volksversammlung am 17. September in Anklagezustand versetzten Abgeordneten Schlöffel von Hirschberg und Simon von Trier dem Spruch der hiesigen Gerichte unmittelbar unterliegen, wird gegen den Abg. Zitz in Mainz ein Requisitionsprozeß anzustrengen sein. In diesem wäre die Coincidenz des ihm zur Last gelegten Verbrechens, Anregung zur Widersetzlichkeit gegen die provisorische Centralgewalt mit den Rechtsbegriffen und Formeln des Code pénal nachzuweisen — ein Unternehmen von jedenfalls zweifelhaftem Ausgang.

[Amtliches.] Dem Reichsverweser ist in Erwiederung der amtlichen Benachrichtigung wegen Errichtung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, ein von Balmoral-Schloß in Schottland, 18ten v. M., datirtes Schreiben Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland am 21sten d. M. überreicht worden. Dieses königliche Schreiben ist in Ausdrücken gefaßt, die eben so sehr dem zwischen beiden Nationen bestehenden Verhältnisse der Freundschaft und Hochachtung, als den persönlichen Gefühlen entsprechen, welche die Königin schon im Juli d. J. dem Reichsverweser bezeigt hatte.

Rundschreiben
des Reichsministers des Innern an die Ministerien des Innern der deutschen Einzelstaaten.

Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat bei der ersten Berathung des Entwurfes der Grundrechte des deutschen Volkes, Art. VII., nachstehende Beschlüsse gefaßt:

§ 25. Das Eigenthum ist unverletzlich. Das geistige Eigenthum steht unter dem Schutze der Reichsgesetzgebung. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. — Es bleibt den Einzelstaaten überlassen, die Durchführung des vorstehend ausgesprochenen Grundsatzes der Theilbarkeit alles Grundeigenthums durch Uebergangsgesetze zu vermitteln.

§ 26. Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, sind für die todte Hand im Wege der Reichsgesetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zulässig. — Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden.

§ 27. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitrverband hört für immer auf. — Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, so wie alle anderen, einem Grundstück oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte; 2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemptionen und Abgaben jeder Art; 3) die aus dem guts- unv schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

§ 28. Alle übrigen, unzweifelhaft auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß der Berechtigten oder des Verpflichteten, in so fern die Gesetzgebung nicht die unentgeltliche Aufhebung einer oder der anderen begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen. — Es soll fortan kein Grundstück, weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden. — Alle Zehnten sind auf Antrag des Belasteten ablösbar. Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. — Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§ 29. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist.

§ 31. Die Familien-Fideikommisse sind aufgehoben. — Die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten. — Die Bestimmungen über die Familien-Fideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landesgesetzgebungen vorbehalten. —

Gleiche Bestimmungen, wie für die Familien-Fideikommisse, gelten für die Stammgüter.

§ 32. Aller Lehensverband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen.

§ 33. Die Strafe der Gütereinziehung soll nicht stattfinden.

Wenn gleich diese Bestimmungen einer nochmaligen Lesung und Beschlußnahme unterliegen, bevor sie für ganz Deutschland als Gesetz verkündet werden können, so ist doch mit aller Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß die Hauptgrundsätze, welche bei der ersten Berathung aufgestellt wurden, und theils die unentgeltliche Aufhebung, theils die Ablösbarkeit verschiedener Reallasten aussprechen, im Wesentlichen auch bei der zweiten Berathung ungeändert, jedenfalls ohne weitere Beschränkungen zum Nachtheile der bisher Verpflichteten werden angenommen werden. — Es können nur mehr wenige Wochen verfließen, bis die zweite Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes beendet sein wird. — Das Reichsministerium des Innern sieht sich hierdurch, um die Durchführung dieser Beschlüsse, wodurch viele auf dem Landvolke haftende, zum Theil sehr beschwerliche Lasten, ihrer völligen Aufhebung oder doch Ablösung entgegengeführt werden sollen, so viel als möglich zu beschleunigen, veranlaßt, an alle deutschen Regierungen die dringende Aufforderung zu stellen, daß schon jetzt in allen deutschen Einzel-Staaten die Vorbereitungsarbeiten begonnen werden, welche zur möglichst schnellen Verwirklichung jener Beschlüsse dienen können. — Das eigene Interesse aller deutschen Regierungen fordert, daß der großen Masse des deutschen Volkes jene materiellen Erleichterungen, die es in Folge der März-Revolution zu hoffen berechtigt ist, so bald als möglich zu Theil werden, daß der Bauernstand in Deutschland von dem Drucke, der Jahrhunderte lang auf ihm gelegen, völlig befreit und durch den unmittelbaren Gewinn, der dadurch für seinen Wohlstand erwächst, zur Ueberzeugung gebracht werde, daß der friedliche und gesetzmäßige Weg, welchen die deutsche Reichsversammlung eingeschlagen, für ihn nicht fruchtlos geblieben ist. Es wird aber auch die möglichste Beschleunigung aller zur Durchführung jener Beschlüsse erforderlichen Maßregeln das Interesse der bisher Berechtigten wesentlich fördern, indem dadurch allein jene Unsicherheit des Besitzstandes und des Werthes von liegenden Gütern aufgehoben werden kann, die seit Monaten andauert und den Realkredit in seinen Grundfesten erschütterte. — Das Reichsministerium des Innern glaubt sich der sicheren Erwartung hingeben zu dürfen, daß alle deutschen Regierungen eifrigst bemüht sein werden, dieser Aufforderung zum Wohle der großen Zahl aller Grundeigenthümer bereitwillig zu entsprechen und sich dadurch in der Zufriedenheit der zahlreichsten Volksklasse die sicherste Bürgschaft der Fortdauer eines geordneten Rechtszustandes zu verschaffen.

Frankfurt a. M., den 22. Oktober 1848.

Der Reichsminister des Innern. Schmerling.

(O.-P.-A.-Z.)

Würzburg, 23. Okt. [Kongreß der Bischöfe.] Zu dem bereits gemeldeten Zusammentritte der Bischöfe Deutschlands sind unserer Zeitung zufolge bis jetzt hier anwesend: Die Erzbischöfe von Köln, Münster (?), Bamberg und Freiburg; dann die Bischöfe von Regensburg, Eichstädt, Speyer, Augsburg, Würzburg, Rottenburg, Limburg, Münster, Paderborn, Osnabrück, Dresden (?), Ermeland und Köln (?). Mainz ist durch einen Generalvikar, Breslau durch einen Domherrn vertreten. Der Kardinal-Erzbischof von Salzburg, Fürst Schwarzenberg, wird morgen hier eintreffen. Die Sitzungen beginnen heute Montag früh 9 Uhr im Refektorium des Priesterseminars.

Schleswig, 24. Okt. Heute ist die Bekanntmachung der gemeinsamen Regierung wegen der seit dem 17. März d. J. für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln erschienen. Es werden dadurch unter Bezugnahme auf die Artikel 7 und 11 so wie den Separatartikel 5 der Malmöer Waffenstillstandskonvention sämmtliche Erlasse der provisorischen Regierung mit sehr geringen und unerheblichen Ausnahmen wiederum in Kraft gesetzt, den Bedingungen des definitiven Friedens unbeschadet. Dagegen sind natürlich die in Kopenhagen während der Zeit vom 17. bis zum 24. März und später für die Herzogthümer ergangenen Verfügungen nicht wieder in Kraft gesetzt worden.

Die Proklamationen der alten und der neuen Regierung und des Reichskommissarius scheinen den Erwartungen des Publikums zu genügen. — Hr. Reedtz, der dänische Kommissarius, ist seit Sonntag Morgen hier, und wie man vernimmt, sind häufige Konferenzen zwischen den Regierungs-Mitgliedern und den Kommissarien. — Wir erfahren aus den gestern mitgetheilten Proklamationen, daß die neue Regierung formell weder von Preußen noch von Dänemark über das Land gesetzt ist, sondern von der Centralgewalt des deutschen Reichs, welche nun endlich auch von Dänemark anerkannt ist. Es muß uns dies insofern zur Genugthuung gereichen, als dadurch das noch nicht definitiv in das deutsche Reich aufgenommene **Schleswig provisorisch wenigstens unter die Obhut und Oberhoheit der Centralgewalt unbestreitbar und auch mit Anerkennung Dänemarks gestellt ist**, und daß die weitere Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen nicht eine Sache Preußens, sondern der Reichsgewalt sein wird, indem Herr Stedmann in ihrem Namen als Waffenstillstands-Kommissar sich ankündigt. (H. C.)

Oesterreich.

*** **Breslau, 27. Oktober. Nachmittags 4 Uhr. Der Wiener Postzug ist ausgeblieben, wir sind ohne jede Nachricht über die blutige Katastrophe in der Hauptstadt Oesterreichs. — Die Gerüchte, welche durch Reisende von der Grenze hierher gebracht worden sind, nämlich: über einen allgemeinen Brand in Wien, über die Eroberung der Leopoldstadt durch Windischgrätz ꝛc. ꝛc. sind zu unbestimmt und unzuverläßig, als daß wir sie der weiteren Erwähnung werth halten.**

*** **Breslau, 27. Okt. Abends 10 Uhr. Auch der eben angelangte oberschlesische Train hat den Wiener Postzug nicht mitgebracht; wir haben also weder durch Zeitungen noch durch Briefe noch durch Reisende irgend eine nur einigermaßen verläßliche Nachricht über das grausige Trauerspiel in und um Wiens Mauern erhalten. Eben der Umstand, daß auch nicht eine glaubwürdige Mittheilung über die dortigen welthistorischen Ereignisse hierher gelangt ist, bürgt uns dafür, daß der Kampf aufs Heftigste entbrannt ist und höchst wahrscheinlich Bürgerblut in Strömen vergossen, daß der Bruder durch den Bruder gemordet wird.**

[Die Stimmung in den Provinzen.] Wir stellen eine Reihe von Daten über die Stimmung der Provinzen zusammen. Das Erzherzogthum nimmt entschieden Partei für Wien. — Steyermark ist der Wiener Revolution ergeben. Wir sehen, daß nicht allein die Hauptstädte Grätz, Marburg, Cilly durch Deputationen und Anerkennungsadressen sich für Wien aussprechen, sondern auch das flache Land dieselbe Gesinnung theilt. Nicht allein, daß zahlreiche Nationalgarden aus den genannten Städten unter Lebensgefahr gen Wien eilen, daß sich in Grätz ein provisorisches Komité zur Wahrung der Volksrechte gebildet hat — vielfach wurde auch der Landsturm organisirt. — In Grätz scheint indeß doch die Aufregung sich etwas gelegt zu haben. — Die meist slavische Bevölkerung von Kärnthen und Krain scheint mit ihren Sympathien gleichfalls entschieden auf der Seite Wiens zu stehen. So hat der provisorische Ausschuß des Landtages zu Klagenfurt in einer Proklamation an das Volk von Kärnthen erklärt, „daß er dem jetzigen Auftreten des Reichstages in Wien sein unbedingtes Vertrauen schenke und die ganze Bevölkerung des Landes zur Wahrung der errungenen Freiheiten demselben zur Verfügung stelle." — Das Küstenland liegt ziemlich außerhalb des Kreises der Bewegung; nur in Triest, der großen Handelsstadt, hat sich der Leute der Schrecken bemächtigt, daß das bewaffnete Wiener Proletariat die Bank stürmen könnte. In Folge dessen stockt der Handel gänzlich, kein Mensch will gegen Banknoten verkaufen, viele Gewölbe wurden geschlossen, die Tagelöhner sind ohne Arbeit, und wenn es nicht bald endet, so sind ernstliche Ruhestörungen unvermeidlich. Bereits verlieren die Banknoten 10 bis 15 Prozent, und mehrere Geldwechsler haben schon ihre Läden schließen müssen. — In dem größtentheils slavischen Mähren überwiegen noch immer die Sympathien für Wien. Brünn, die wichtigste Stadt des Landes, hat viele Nationalgarden gesandt; Olmütz, die jetzige kaiserliche Residenz, sandte am 11. Oktober, als man schon die nahe Ankunft des Kaisers aus offizieller Quelle wußte, doch eine Adresse an den Reichstag, in der es am Schlusse heißt: „Wenn ihr, versammelte Volksvertreter, mit der jüngst bewiesenen raschen Entschlossenheit den staatlichen Neubau, von welchem Millionen Heil und Segen erwarten, schleunigst fördert und auf die unerschütterliche Grundlage echter Demokratie feststellt, könnt ihr die sicherste Ueberzeugung hegen, daß nicht nur wir, sondern alle jene Millionen mit uns, für Euch und Eure Beschlüsse mit Gut und Blut einzustehen bereit sind." — In Schlesien ist die Begeisterung für Wien allgemein. — In Deutsch-Böhmen ist Alles für Wien; man fühlt an czechischer Grenze den deutschen Pulsschlag der wiener Revolution gewaltiger als irgendwo. — Galizien nimmt an der ganzen Bewegung wenig Antheil; doch was man aus Krakau, aus Tarnow und Lemberg hört, ist der Ausdruck von Sympathien für Wien; auch die polnischen Abgeordneten des Reichstages sind Garantie dieser Stimmung der Polen. — In Krakau wurden die geflüchteten Reichstags-Deputirten von dem allgemeinen Hohn des Volkes empfangen. — In Lemberg ist die Aufregung der Soldaten für die Sache Wiens so außerordentlich, daß das Standrecht verkündet werden mußte, um sie zu zwingen, im fremden Lande der fremden Sache zu dienen. — Und so bliebe denn nichts übrig als Tyrol. Nun, Tyrol ist, was es immer war, gut kaiserlich gesinnt und will nichts zu schaffen haben mit der rebellischen Hauptstadt. — Vorarlberg dagegen ist ganz auf Seite Wiens. — In Innsbruck sind denn auch sämmtliche deutsch-tyrolische Deputirte von Wien eingetroffen, das sie meistens unter Verkleidung mit Zurücklassung ihrer sämmtlichen Habseligkeiten verlassen haben; dagegen sind die wälsch-tyrolischen Abgeordneten sämmtlich in Wien geblieben und arbeiten Hand in Hand mit der dortigen Linken. Die hiesige Stimmung gegen Wien, schreibt man von dieser Stadt aus, ist eine höchst erbitterte; es wurde beantragt, eine Deputation nach Frankfurt zu senden und das Land unter den Schutz der deutschen Centralgewalt zu stellen, versteht sich, vorbehaltlich der Rechte der Dynastie, für welche hier vor wie nach die lebhaftesten Sympathien rege sind. Dieser Antrag ging jedoch nicht durch, und es wurde vielmehr in einer heute gehaltenen Sitzung der ständischen Activität, welcher auch die hier anwesenden Wiener Deputirten beiwohnten, beschlossen, vor Allem den Provinziallandtag, und zwar verstärkt durch stimmberechtigte Vertrauensmänner nach der Volkszahl, einzuberufen. (Köln. Z.)

) **Prag**, 25. Okt. [Man sucht die Czechen zu gewinnen. Die Deutschen erheben sich.] Die Post von Wien ist zwar eingetroffen; wir haben aber gar keine Neuigkeiten erhalten, eben so wenig aus Olmütz, dem Feldlager der Kamarilla und Reaktion. Bereits seit gestern prangt das rothgedruckte Programm an den Ecken, wodurch die Slovanska lipa eine Volksversammlung einberuft, trotz den Bitten des Bürgermeisters und den Vorstellungen des Präsidenten Mecsery, welche gerne jede Aufreizung und jeden Konflikt in dieser ohnehin schwer bewegten Zeit vermeiden möchten. Die sich in ihrem Dünkel über Alles erhebende Lipa, welche deutsche Bewegung, deutsche Sprache und Gesinnung zu terrorisiren und sich, wie ich bereits sagte, auf einen roth-weiß-blauen Sicherheitsausschuß spielen möchte, dem es vielleicht auf Blut nicht ankäme, soll gestern einen eigenen Courier von Jellachich erhalten haben, eine Nachricht, welche sich heute bestätigte. Dieser Guerillahäuptling mit seinen Schaaren bietet durch eine eigene Depesche den hiesigen Czechen seine Rechte als Bruder, versichert ihnen, daß er mehr Slave als Mensch, aber auf der andern Seite wieder mehr k. k. österreichischer General als Slave sei, und rechnet bei jeder Gelegenheit auf die Hülfe seiner Brüder. Man frägt sich, wie ein kaiserl. General dazu kommt, an einen obskuren Verein eine offizielle Depesche zu schicken. Der Slave jubelt und sieht nicht, daß er von dem kroatischen Reaktionär bei der Nase herumgeführt wird, und jener sich außerordentlich freundlich stellt, um nicht in Böhmen Kämpfer für die Freiheit erstehen zu sehen. Die Deutschen sind klüger, sie sehen, wohin man zielt, und daß jene, Anfangs belachte Floskel: slavisches Oesterreich! immer mehr zur Wirklichkeit zu werden droht, und daß eine gewisse Hofpartei jeden Augenblick geneigt ist, sich den vereinigten Slaven in die Arme zu werfen, bei welchen noch so viel Sinn und Sympathie für den Absolutismus herrscht. Gerüstet und entschlossen stehen sie da und sind bereit aufzugehen in ihrem Stammlande Deutschland auf Kosten der Monarchie, als sich in die slavische Zwangsjacke schnüren zu lassen. Gerüstet und wohl disziplinirt stehen die Nationalgarden der deutschen Gegenden, während die der böhmischen schwach sind, die Prags unter Null herabsinken. Es ist fast komisch, wenn nicht erbarmungswürdig, wenn man statt 30—40 Mann Garden 12—14 im erbärmlichsten Aufzuge die Wache beziehen sieht, wobei sich noch oft, wie dies erst neulich geschah,

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 253 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 28. Oktober 1848.

(Fortsetzung.)

der Hauptmann und die Offiziere der Compagnie als Gemeine einreihen lassen. Einen großen Theil zu dieser Misere trägt das Vorurtheil bei, den Juden bei keiner Garde zu dulden und, während man dadurch den Druck und eine gewisse unleidliche Aristokratie nach unten hin beurkundet, über Aristokratie von oben herab zu schimpfen. So sind also vielleicht an 20,000 tüchtige Bürger des Staates vom Wehrrechte ausgeschlossen und von der Nationalgarde, bloß weil sie Juden; und dies im 19ten Jahrhunderte, unter dem allgemeinen Rufe nach Freiheit!

** **Lemberg**, 23. Oktober. [Ausmarsch der ungarischen Truppen.] Gestern marschirte das erste Bataillon des ungarischen Regiments von hier aus; heute folgte das zweite. Beide sind nach Olmütz bestimmt. Sie marschirten bei früher Morgenstunde ab, in aller Stille, ohne Trommelschlag und Musik. Aber das Volk hatte die ganze Nacht auf den Abmarsch gewartet, und rief den abziehenden Truppen ein weithin donnerndes „Hoch" zu. Aus den Reihen der Ungarn erscholl der tausendstimmige Ruf: „Es lebe Polen! es leben unsere polnischen Brüder!"

Italien.

In der Sitzung der Deputirten-Kammer zu Turin am 19. Oktbr. erklärte der Minister des Innern, daß die außerordentliche Gewalt, mit welcher die ausübende Macht in Folge der Ereignisse bekleidet worden war, mit der Einberufung der Kammer von selbst aufhöre. Auf die dem Ministerium gestellten Interpellationen in Betreff des Waffenstillstandes und der Fortsetzung des Krieges erklärte dasselbe, am 20. Auskunft ertheilen zu wollen. — Briefe aus Mailand vom 16. Okt. im „Corriere Mercantile" von Genua melden, daß Radetzky die Stadt Mailand mit einer außerordentlichen Steuer von 6 Millionen belegt hat, welche binnen 3 Tagen aufgebracht werden soll. Auch soll er für den Fall, daß er Mailand verlassen müßte, bereits eine provisorische Regierung von mailänder Edelleuten bezeichnet haben und damit umgehen, eine Nationalgarde zu bilden.

Frankreich.

Paris, 23. Oktbr. [National-Versammlung. Sitzung vom 23. Oktober.] Anfang 1 Uhr. Präsident Marrast. Nach Verlesung des Protokolls mehrere Urlaubsgesuche. Lamoricière ist auf seinem Platze. An der Tagesordnung ist die Verfassungs-Debatte, die sich ihrem Schlusse nähert. Art. 113: „Die Ehrenlegion ist beibehalten; ihre Statuten sind mit der Verfassung in Einklang zu bringen." Angenommen. Art. 114: „Algerien und die Kolonien werden zum französischen Gebiet erklärt, jedoch so lange durch besondere Gesetze regiert, bis eine Spezial-Gesetzgebung sie definitiv dem allgemeinen französischen Recht unterwirft." Angenommen. Art. 115, vom Modus der Verfassungs-Revision handelnd, schließt also: „Der Wunsch ver National-Versammlung, die Verfassung zu revidiren, kann erst nach dreien Deliberationen, in Zwischenräumen von einem Monat und zu drei Viertheilen Stimmenmehrheit in wirklichen Beschluß gestaltet werden. Die Revisions-Kammer soll nur für 3 Monate ernannt werden." Art. 116, 117 und 118, die transitorischen Bestimmungen betreffend, geben zu wenig erheblichen Debatten Veranlassung. Bei Art. 119 nimmt Duquien das Wort und erklärt, daß das Ministerium in Verbindung mit der Verfassungs-Kommission morgen eine neue Fassung mit dem nöthigen Dekrets-Entwurfe verlegen werde. Dieser Artikel handelt bekanntlich von der Präsidentenwahl. Nun soll Artikel 120, der letzte, vorgenommen werden. Dufaure trägt jedoch darauf an, denselben wegen der bereits erfolgten Suspendirung des Art. 119 ebenfalls noch auf sich beruhen zu lassen. Dies geschieht, und die Verfassungs-Debatte wäre somit bis auf den Paragraphen über die Zeit der Präsidentenwahl beendet. Glais-Bizoin stellt den Antrag, daß sich die National-Versammlung nicht früher trenne, als bis die organischen Gesetze votirt seien. Wird angenommen. Es werden also keine einmonatlichen Ferien stattfinden. Die Sitzung wird um ¼ vor 6 Uhr geschlossen. Es hatte geheißen, zwischen dem Kriegs-Minister Lamoricière und dem General Lebreton werde heute ein Pistolen-Duell stattfinden; Beide waren jedoch in der National-Versammlung.

Rußland.

Von der russischen Grenze, 21. Oktober. [Reform des Zollsystems.] Es ist allgemein bekannt, daß die russische Regierung bereits seit längerer Zeit die Nothwendigkeit erkannt hat, ihr Zollsystem einer umfassenden Reform zu unterwerfen. Der geheime Rath Tengoborski ist mit dieser wichtigen Aufgabe beauftragt und ein von ihm ausgearbeiteter neuer Tarif ist bereits durch eine dazu ernannte Kommission geprüft und angenommen worden. Ueber den Zeitpunkt, wo derselbe in Wirksamkeit treten soll, ist jedoch noch keine Bestimmung erfolgt. Was die Tendenz der Reform anbelangt, so kann aus zuverlässiger Quelle darüber mitgetheilt werden, daß derselben ein viel gemäßigteres Schutzsystem, als das jetzt vorhandene, zum Grunde liegt. Fast alle Prohibitionen sollen aufgehoben und nur einige durch sehr hohe Zölle ersetzt werden. Die bestehenden Zölle sollen für alle Hauptartikel der russischen Industrie nur mäßig, für viele Manufacte aber bedeutend herabgesetzt werden. Namentlich wird der neue Tarif auf den Absatz vieler Produkte der deutschen Industrie, z. B. der Leinen, Tischzeuge, einiger Baumwollen-Waaren, Schafwollzeuge und alles dessen, was man unter dem Artikel bonneterie versteht, sehr vortheilhaft wirken und das um so mehr, als viele Artikel bei ihrer Einfuhr durch die trockene Grenze mit einem ermäßigten Zolle zugelassen werden sollen. Auch der kleine Grenzverkehr soll für sehr viele Artikel bedeutend erleichtert werden. (Ostsee Z.)

Lokales und Provinzielles.

** Breslauer Kommunal-Angelegenheiten.

Breslau, 27. Okt. [Bericht der Darlehns-Kasse.] Nach diesem Monatsbericht, welcher in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung mitgetheilt wurde, war am 20. Oktober ein Bestand von 8003 Rthl. in Papieren und 584 Rthl. baar, in Summa 8587 Rthl.

[Gefangen-Krankenanstalt.] In dieser wurden 1290 Kranke und darunter 178 scorbutische, 285 syphilitische und 101 mit Krätze behaftete behandelt. Die Strafanstalt-Deputation beantragte für den Arzt der Anstalt, Sanitätsrath Dr. Remer, die etatsmäßige Remuneration von 100 Rthl., welche bewilligt wurde.

[Bürgerwehr-Oberst.] Der Generallieutenant v. Safft zeigt an, daß er aus Krankheitsgründen das Amt eines Obersten der Bürgerwehr habe niederlegen müssen, doch sehr gern erbötig sei, seine Ansichten und sein Urtheil in Bürgerwehr-Angelegenheiten mitzutheilen, so oft er darüber befragt werde. Der Magistrat zeigt zugleich an, daß der Major Krause das Provisorium als Stellvertreter des Obersten noch behalte und die Wahl des Obersten, nach dem neuen Gesetze, bis zum Januar, wo die neuen Stammlisten angelegt sein müssen, auszusetzen sei.

[Deputation der Bürgerwehr.] Die auf amtlichen Wege zusammenberufenen Kompagnie-Deputirten, welche eine Schrift an die Nationalversammlung, betreffend die Nichtannahme des Bürgerwehrgesetzes, schleunigst ausarbeiteten, hatten es für nothwendig erachtet, durch eine Deputation diese Schrift in Berlin überreichen zu lassen. Der Ersatz der Reisekosten und Diäten für die Deputation wurde nachträglich, da damals keine Zeit übrig blieb, eine Bewilligung nachzusuchen, beantragt. Der Magistrat erklärte, daß, weil nicht vorher eine Einwilligung der Behörde erfolgt sei, die Bewilligung de jure nicht geschehen könne, daß er aber aus moralischen Gründen und weil die Interessen der ganzen Stadt mit vertreten worden seien, für nachträgliche Genehmigung stimme. Die Versammlung bewilligte die Reisekosten und Diäten.

[Gemeindeordnung.] Zur Prüfung der von der Nationalversammlung zu berathenden Gemeindeordnung war, wie wir früher berichtet haben, eine gemischte Kommission ernannt worden. Das Gutachten derselben wurde der gestrigen Versammlung vorgelegt, welche beschloß, in einer besonderen Sitzung diese Sache zu berathen, vorher jedoch das Gutachten in 300 Exemplaren drucken und jedem Stadtverordneten, so wie jedem Magistratsmitgliede vornweg ein solches Exemplar zukommen zu lassen.

[Dienstinstruktion für die Armenärzte in Breslau.] Diese Instruktion, von einer gemischten Kommission, zu welcher auch mehrere Aerzte gehörten, ausgearbeitet, fand in der Versammlung Beifall und Zustimmung. Die Hauptpunkte dieser Instruktion gehen dahin, daß die Armenärzte künftig städtische Medizinalbeamte für die Kommunalarmenpflege werden. Die Stadt wird in 15 Medizinalbezirke eingetheilt; 9 dieser Bezirke fallen auf die innere Stadt, 6 auf die Vorstädte. Für jeden Bezirk ist ein Armenarzt, für jeden in der Vorstadt noch ein Wundarzt und für die inneren Bezirke zusammen noch 2 Wundärzte bestellt. Andre, als die Bezirksärzte sind nur in Fällen, wo Gefahr im Verzuge obwaltet, befugt, das **erste Rezept** auf Rechnung der städtischen Armenkasse zu verschreiben.

Die Armenärzte werden von der Armendirektion gewählt*), der Stadtverordnetenversammlung zur Erklärung über die Person des Gewählten präsentirt und in so fern gegen denselben nicht erhebliche gegründete Ausstellungen gemacht werden, vom Magistrat bestätigt. Tritt in der Folge eine Vacanz ein, so hat das Kollegium der Armen-Aerzte drei Kandidaten, welche jedoch auch das operativ-chirurgische und geburtshilfliche Examen bestanden haben müssen, für die Stelle vorzuschlagen, unter denen von der Armen-Direktion die Wahl vollzogen wird. Die Dauer des Amtes ist auf 6 Jahre festgestellt. Anspruch auf Pension wird hierauf nicht begründet. Wegen wahrgenommener Pflichtvernachlässigung eines Armenarztes ist der Magistrat befugt, denselben auch ohne vorgängige Kündigung auf Grund des Befundes einer für den Fall niedergesetzteu Untersuchungs-Kommission vom Amte zu entlassen. Diese Kommission wird gebildet aus zwei von dem Magistrat ernannten Mitgliedern, dem Polizeiphysikus und drei von dem Kollegium der Armen-Aerzte aus seiner Mitte gewählten Personen.

Das Honorar der Bezirks-Armenärzte beträgt jährlich für jeden in einem der neun Bezirke der innern Stadt 50 Rtlr. = 450 Rtlr. Für den Armenarzt der Nikolai-Vorstadt 100 Rtlr., für den der Schweidnitzer Vorstadt 100 Rtlr., für den der Ohlauer Vorstadt 80 Rtlr., für den Bezirk Hinterdom-Neuscheitnich 200 Rtlr., für den Elftausend Jungfrauen-, Sand-, Dom- und Rosenbezirk II. Abtheilung 150 Rtlr. und für den Armen-Bezirk Rosenbezir- I., drei Linden-Bezirk I. u. II. Abtheilung 200 Rtlr., also im Ganzen 1280 Rtlr. Die Wundärzte erhalten kein Fixum, werden aber gegen specifizirte Liquidation honorirt (das Nähere ist hierbei festgestellt). In dringendem Falle kann jeder Wundarzt zu der nöthigen chirurgischen Dienstleistung aufgefordert werden und wird seine Liquidation nach der Armen-Taxe der Direktion honorirt.

Jeder Armen-Arzt ist verpflichtet, den Kranken seines Bezirkes selbst und ohne Hilfe eines Assistenten zu behandeln, auch die Besuche so oft und so lange es die Natur der Krankheit erheischt, fortzusetzen. Jeder Bezirks-Arzt muß außerdem täglich eine bestimmte Stunde Vormittags und eine Nachmittags festsetzen, in welchen er denjenigen Kranken des Bezirks, welche ohne Nachtheil ihre Wohnung verlassen können, seinen Rath zu ertheilen hat. In dringenden Fällen wird der Arzt auch außer jenen Sprechstunden Anmeldungen von armen Kranken annehmen.

Die Armen-Aerzte müssen in den ihnen anvertrauten Bezirken wohnen. Ausnahmen sind in besonderen motivirten Fällen vom Magistrat und Armendirektion zu gestatten. Den armen Kranken soll der Bezirksarzt die nöthige Sorgfalt und Aufmerksamkeit schenken, die Krankenbesuche nicht versäumen und diejenigen Kranken, welche sich nicht in seinem Hause Rath erholen können, längstens in den ersten 6 Stunden nach geschehener Meldung in ihrer Wohnung aufsuchen; auch sollen von den Aerzten die armen Kranken, um diesen ihr Unglück weniger fühlbar zu machen, mit Schonung und Rücksicht behandelt werden. Dagegen soll von der Armendirektion ein ungebührliches Betragen der Kranken gegen die Aerzte streng gerügt werden. Auf Antrag der Armen sollen Bezirksärzte Atteste nicht ausstellen (um Mißbrauch zu verhüten). Besonders sollen die Bezirksärzte auf die Behandlung der Kinder Armer, insonderheit der Kost- und Pflegekinder Acht haben und bemerkte Verwahrlosung der Armendirektion anzeigen. Die Nachfragen wegen der Kinder sollen die Aerzte mindestens alle drei Monate vornehmen und dann in der Konferenz referiren. Allvierteljährlich findet im allgemeinen armenärztlichen Interesse eine Versammlung sämmtlicher Bezirksärzte statt. Die Stellung des Bezirksvorstehers zum Arzte ist festgestellt. Der Arzt übernimmt die Behandlung für Rechnung der Armenkasse, wenn der Bezirksvorsteher dem Armen das Formular übergiebt, in welchem Namen und Wohnung des Arztes und der Name der Apotheke angezeigt sind; doch kann der Arzt in dringendem Falle das erste Rezept ohne ein vom Bezirksvorsteher ausgefertigtes Formular verschreiben. Der Armenarzt kann einen Kranken zu einer angemessenen Unterstützung, so wie zur Verabreichung der benöthigten, seinem Zustande angemessenen Beköstigung empfehlen. Für besondere, im Auftrage eines Arztes vollzogene Verrichtungen (als Klystieren weiblicher Personen) wird der zugezogenen Hebamme Vergütigung Seitens der Armendirektion gewährt. Dies ohngefähr der Inhalt jener Instruktion, auf deren Einzelheiten und Details bezüglich

---

*) Hierbei stellte der Stadtverordnete Linderer den Antrag, daß außer dem Physikus noch zwei Aerzte, also 3 im Ganzen in der Armendirektion Sitz und Stimme haben mögen. Der Antrag wurde genehmigt.

der ganzen Organisation, die musterhaft zu nennen ist, wir aus Mangel an Raum einzugehen gehindert sind.

Breslau, 25. Okt. [Der Verkehr mit Rußland.] Es ist zu unserer Kenntniß gelangt, daß hiesigen Geschäftsreisenden, die persönlich Geschäfte im Königreich Polen zu reguliren hatten, bei dem Grenzamt Kalisch von russischer Seite mit gehörig von hiesiger Regierung visirten Reisedokumenten der Eintritt ins Königreich nicht gestattet worden ist. Man verlangte das Visa der russischen Gesandtschaft in Berlin. Die Betreffenden wandten sich nun an die russische Gesandtschaft in Berlin, erhielten aber die Antwort, daß die russische Gesandtschaft Niemanden den Eintritt in das Königreich Polen jetzt mehr gestatte. Also so weit sind wir schon mit der russischen Freundschaft gekommen, daß ganz unverdächtigen preußischen Kaufleuten die Grenze jenseits nun auch hermetisch geschlossen ist. (Bresl. Handelsbl.)

□ **Breslau**, 27. Oktbr. [Die Wahl eines Stellvertreters des Obersten der Bürgerwehr.] Gestern ist durch Urwahl in den Kompagnien die Wahl des Stellvertreters erfolgt. Ueber das Resultat ist etwas Gewisses noch nicht bekannt geworden. Von 1700 bis zum 26sten eingegangenen Stimmzetteln soll Dr. Engelmann 1300 haben. Vier Kompagnien haben aus formellen Gründen überhaupt gegen die Wahl eines Stellvertreters protestirt. — Der Magistrat in Ohlau beabsichtigt Reorganisation der Bürgerwehr nach dem Statut der Breslauer Bürgerwehr.

** **Breslau**, 27. Oktober. [Der konstitutionelle Centralverein.] Die gestrige Berathung dieses Vereins mußte dem Beobachter all' die Unklarheit und all' die Widersprüche vor Augen führen, die unsere gegenwärtigen Zustände charakterisiren. Hr. Förster stellte nämlich folgenden Antrag: In Anbetracht, daß der Abgeordnete Waldeck in der Nationalversammlung in Berlin den Antrag gestellt, daß die von der Nationalversammlung in Frankfurt beschlossenen Reichsgesetze, wenn sie innere Angelegenheiten betreffen, erst der Versammlung in Berlin zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, wenn sie in Preußen Gesetzeskraft erlangen sollen, und in Anbetracht, daß man hierin lediglich eine Taktik der Partei erkenne, um das Frankfurter Parlament zu schwächen, wolle der Verein das Frankfurter Parlament auffordern, es auszusprechen, daß sämmtliche von ihm beschlossenen Gesetze für das ganze Reich unbedingt bindend seien. — Wunderbarer Wechsel. Als es sich vor dem 6. August darum handelte, ob die Regierung allen Anordnungen der Centralgewalt Folge zu leisten habe, da war es gerade diese konstitutionelle Partei, die sich einer solchen absoluten Unterwerfung mit allen Kräften entgegenstemmte, und wir erinnern außerdem an das von den Abgeordneten des Centralvereins auf dem konstitutionellen Kongreß in Berlin abgegebene Votum, daß die Einzelregierungen nur bedingungsweise der Centralgewalt zu gehorchen haben. Wo ist hier nun Logik und Konsequenz zu finden? — Aut — aut! — Hat man damals der Regierung das Recht für ihr Sonderinteresse vindiziren wollen, so mußte man dasselbe konsequenterweise auch und vielmehr für die einzelnen Ständekammern verlangen. Hr. Förster meinte, daß Waldeck durch seinen Antrag zur äußersten Rechten übergegangen sei. Ist das wahr, nun so ist Herr Förster mit seinem Antrag zur äußersten Linken übergegangen. Die Frage ist allerdings eine sehr verwickelte und ihre Lösung wird noch mehr Kämpfe kosten. Wir wollen uns auf ihre prinzipielle Erörterung auch heute nicht einlassen, und haben das Beispiel nur angeführt, um das Schwankende und Unsichere in dem Verfahren in den Parteikämpfen daran nachzuweisen. — Herr Hahn schien das Gefährliche des Försterschen Antrags sehr wohl einzusehen und bekämpfte denselben. Allein er ließ sich auf das Materielle der Frage nicht ein, und meinte nur, da die Berliner Versammlung den Waldeck'schen Antrag zurückgewiesen, und die preußische Regierung gegenwärtig auch im besten Vernehmen mit der Centralgewalt stehe, so möge man sich hüten, das Frankfurter Parlament zu einem Schritte aufzufordern, der nothwendiger Weise einen Kampf zwischen den beiden Versammlungen hervorrufen, und womit Hrn. Waldeck gerade gedient sein wird. — Der Verein schien in der That vor den Konsequenzen des Förster'schen Antrags zurückzuschrecken, und man einigte sich schließlich dahin, dem Frankfurter Parlamente nicht die absolute Unterwerfung unter seine Beschlüsse auszusprechen, sondern den speziell vorliegenden Fall, das Gesetz über den Schutz der Abgeordneten, im Auge zu behalten und eine Erklärung abzugeben, daß man dieses Gesetz achte und anerkenne. Der Kern der Sache, das Prinzip, blieb sonach unerörtert, und die Frage ist offen gelassen.

In Bezug auf die Borchardt'sche Angelegenheit war dem Centralverein eine Petition des deutschen Volksvereins zur Mitunterzeichnung zugegangen, um die Befreiung der politischen Verhafteten bei der Nationalversammlung in Berlin nachzusuchen. Der Ausschuß des Centralvereins theilte dies in der gestrigen Sitzung mit, und gleichzeitig, daß er, der Ausschuß, die Mitunterzeichnung des Vereins abgelehnt habe. Doch bleibe es Jedem überlassen, die Petition für sich zu unterschreiben. Es scheint hiernach in dem Centralvereine die Praxis eingehalten zu werden, daß der Ausschuß nicht etwa die Beschlüsse des Vereins vollzieht, sondern die seinigen, nachdem sie bereits vollzogen sind, dem Vereine schlechtweg anzeigt.

---

† **Breslau**, 27. Oktbr. [Feuersgefahr. Arbeiter.] In der Nacht vom 24sten zum 25sten dieses entstand in dem Hause Nr. 41 in der Breitenstraße ein bedeutender Rauch, der vermuthen ließ, daß daselbst Feuer im Entstehen sei. Die diesfällige Nachforschung ergab, daß in der par terre befindlichen Stube mehrere Kleidungsstücke schon verbrannt und andere, so wie ein Kasten bereits angebrannt waren, was die Unvorsichtigkeit eines Dienstmädchens, welche den Kleidungsstücken mit einem brennenden Lichte zu nahe gekommen war, herbeigeführt hatte. — Eine noch größere Unvorsichtigkeit hatte sich eine in dem Hause Nr. 9 in der Fischergasse wohnende Frau am 25sten dies. zu Schulden kommen lassen, indem sie, nachdem sie im Ofen Feuer aufgezündet, sich fortbegeben und eine vorschriftswidrig vor die Ofenthür gelegte Strohdecke nicht weggenommen hatte. Diese war in Brand gerathen und es hätte nur noch kurze Zeit zum Ausbruch eines größeren Feuers bedurft, um dieses alte, von Bindwerk erbaute Haus gänzlich in Asche zu legen.

Seitens der hiesigen Stadtbau-Deputation werden vom 23sten bis 28sten d. M. bei öffentlichen Bauten beschäftigt: 50 Maurergesellen, 26 Zimmergesellen, 6 Steinsetzer und 407 Tagearbeiter.

---

* **Berlin**, 18. Oktober. [Freihandels-Verein.] Gestern hielt der Freihandelsverein nach stattgefundener General-Versammlung seine erste ordentliche Sizzung vor einer beschränkten Zuhörerzahl, ab. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls von voriger Sitzung überreichte Hr. Noback den Präsidentenhammer dem neu erwählten Vorsitzenden Hrn. Prof. Dieterici, der sein Amt mit einer gehaltvollen Anrede eröffnete. Hr. Dieterici führte in seinem gediegenen Vortrage aus, wie ihn sein Studium der Wissenschaft schon seit 40 Jahren, wo er die Universität betreten, auf das Gebiet des freien Handels geführt, und wie er in ihm nur die Ausübung einer gesunden staatswirthschaftlichen Politik erkennen könne. Er sagte ferner, wie ihm das Studium derjenigen Wissenschaft, der er jetzt angehöre, die Statistik, diese Meinung bestätigt habe, auch sie spräche für den freien Handel. Zwar seien gegen die Zuverlässigkeit und Universalität derselben verschiedene begründete Einwendungen gemacht worden; — ihre Nützlichkeit im Ganzen ließe sich jedoch nicht bestreiten. Sie sagt uns zwar, wird behauptet, daß der Volkswohlstand in einem gewissen Zeitraume, um so und so viel zugenommen, und daß mithin auch wohl der Wohlstand Einzelner zugenommen habe; um wieviel sich aber der Wohlstand jedes Einzelnen verbessert, kann sie uns nicht sagen. Es müsse aber dagegen sehr stark bezweifelt werden, daß die Statistik diese Aufgabe zu lösen jemals im Stande sein wird; obgleich nicht zu verkennen ist, daß durch eine genauere Armenstatistik ihr wohl in Etwas wird näher getreten werden können. Ferner wende man gegen sie ein: sie sage uns wohl wie viel Waaren aus- und eingingen, aber wohin die Waaren gingen, könne die Statistik gar nicht, oder doch nur ganz allgemein nachweisen. Die Lösung dieser letzteren Aufgabe erwarte aber der Redner von den kaufmännischen Mitgliedern des Vereins, die aus ihren Handlungsbüchern die Wissenschaft unterstützen könnten. — Im Laufe der Rede wurde ferner ausgeführt, daß es keineswegs die Absicht des Vereines sein könne, sämmtliche Zölle mit einem Male aufhören zu machen, sondern nur die zu hohen zu erniedrigen, und so auch den Interessen derjenigen Fabrikanten, welche ihre Kapitalien in geschützten Industrien, hauptsächlich in Rücksicht auf die Dauer des Schutzes, angelegt haben, Rechnung zu tragen u. s. w. Es thut uns hierbei sehr leid, die ganze Rede, ihrem gediegenen Inhalte nach nicht wiedergeben zu können; jedoch hegen wir die begründete Hoffnung, daß sie der größeren Oeffentlichkeit nicht entzogen, namentlich für die Mitglieder des Freihandels-Vereins gedruckt werden wird. — Hr. Noback gab hierauf eine Einleitung zu den, den Freihandels-Verein zunächst beschäftigenden Gegenständen, nämlich die Motive zu den jüngst von der Regierung verordneten Zollzuschlägen, und die Denkschrift des Reichshandels-Ministers Duckwitz, wobei auf das System der Retorsionen ausführlicher eingegangen wurde. Der Redner brachte hierzu einige interessante Beispiele aus der Handelsgeschichte Englands, er wies nach, daß als Rußland die hohen Zölle auf englische Manufakturen legte, sich die Engländer nicht veranlaßt gefunden haben, mit Retorsionsmaßregeln zu antworten, sondern man suchte für die zurückgewiesenen Fabrikate andere Absatzorte, von denen her dann solche Produkte eingetauscht wurden, die früher nur Rußland lieferte. So belebte sich der Verkehr mit der Westküste von Afrika, woher nun Palmöl in jährlich steigender Progression als Conkurrent des russischen Talgs nach England kam. Der Neuseeländische Flachs trat mit dem russischen Flachs und Hanf in Conkurrenz. Statt der Pottasche bediente man sich immer mehr der in England fabrizirten Soda. — Hieran knüpfte sich ein Vortrag des Hrn. David, welcher sich mit den Gegengründen zu den früher beregten Motiven beschäftigte. Der Vortragende ging ganz speziell auf die vorliegenden Data ein, und gedieh mit seiner Widerlegung bis zu dem Zollzuschlage auf wollenes Garn, dessen Abhandlung in nächster Versammlung (Dienstag den 26. d. M.) folgen soll. Einige divergirende Ansichten in Betreff des freien Handels gaben Hrn. Lipke zu verschiedenen Gegenbemerkungen, so wie Hrn. Dünnwald zu sehr interessanten Bemerkungen über die Erhebung der Staats-Abgaben Veranlassung.

Inserate.

Am 26. Oktober d. J. sind an der asiatischen Cholera zwei hiesige Einwohner erkrankt und im Hospital zu Allerheiligen gestorben.

Breslau, den 27. Oktober 1848.

Königliches Polizei-Präsidium. Kuh.

Die **allgemeine Versammlung der evangelischen Geistlichkeit Schlesiens** findet Mittwoch den **1. November** früh um 9 Uhr im Wintergarten statt. Die Logen sind dem Publikum geöffnet.

Breslau, den 26. Oktober 1848.

Das Comité.

Feierabend. Fiedler. Gerhard. Heinrich. Königk. Krebs. Liebich. Mosler. Prusse. Räbiger. Rahn. Schmeidler. Schwenk. Wentzel.

(Eingesandt.)

Dem aufmerksamen Beobachter der jetzigen merkwürdigen Zeitereignisse drängen sich unter andern auch folgende Fragen unwillkürlich auf, deren Beantwortung wohl einiger Beachtung werth sein dürfte:

1) Wird die Ruhe im Großherzogthum Posen bei der gereizten Stimmung der Parteien (deutsch und polnisch) sich für die Dauer behaupten? Dies dürfte wohl mit Recht zu bezweifeln sein, wenn nicht das Ministerium die Schritte thut, welche Menschlichkeit und Gerechtigkeit fordern, d. h. die Theilung der deutschen und polnischen Elemente nach gewissenhafter Abwägung.

2) Ist es gerechtfertigt, daß grade die Regimenter zum Schutz und zur Ordnung im Großherzogthum Posen stationirt sind, welche über ein Drittheil polnischen Ersatz, mithin polnische Nationalität in sich tragen? — Zu diesen Regimentern gehören:

a. das 2te Leibhusaren-Regiment
b. das 7te Husaren- „
c. das 1ste Ulanen- „
d. das 6te Infanterie- „
e. das 7te Infanterie- „

Wenn die angeführten Regimenter bis jetzt vollkommen ihre Schuldigkeit gethan haben und wenn man auch keinen Zweifel in die Ehrenhaftigkeit der polnischen Nationalität setzen darf, daß sie auch für die Zukunft ihre Schuldigkeit erfüllen würden, so ist doch das Verhältniß, daß Landsmann gegen Landsmann, ja sogar Sohn gegen den Vater, Bruder gegen Bruder feindlich gegenüberstehen könnten, ein so unnatürliches, daß es befremdend erscheinen muß, warum nicht andere Regimenter zur Besetzung der Provinz Posen verwandt werden. Würde daher eine Ablösung nicht als vollkommen gerechtfertigt erscheinen?

3) Das 5te Armeekorps, zu dem diese Regimenter gehören, ist jetzt schon das drittemal im Großherzogthum Posen beschäftigt, 1830, 1846, 1848, und hat immer rühmlichst seinem Auftrage genügt. Die Truppen aus Schleswig-Holstein sind als Sieger, und mit vollem Recht, ruhmbekränzt in ihrer Heimath feierlichst empfangen worden, und haben die Truppen im Großherzogthum Posen sich nicht ebenfalls des Ruhmes würdig gezeigt? Dies wird wohl Niemand in Abrede stellen, zumal ein solcher Kampf, wie hier gekämpft wurde, viel schrecklicher ist, als ein Kampf gegen den offenen Feind. —

Die königl. Regierung wird gewiß recht bald auch hier Gerechtigkeit üben und Marschordre in die Heimath senden, wo den längst erwarteten Kriegern von den Ihrigen ein freudiges Willkommen und freudiges Vivat entgegenschallen wird. Gerechtigkeit überall! deshalb werden gewiß alle Zeitungen zur Veröffentlichung dieses Artikels beitragen. M.

Die verehrliche Theaterkapelle,

welche vorigen Donnerstag die Sinfonie von Louis Maurer so meisterlich ausführte, wird von mehreren hiesigen Sinfonie-Freunden dringend ersucht, das schöne Werk baldigst zu wiederholen. Es ist reich (namentlich der 1. und 2. Satz) an Erfindung, Frische, Innigkeit, schöner Harmonie und Stimmenführung, so wie an interessanter und brillanter Instrumentation, und wir müssen bedauern, erst jetzt dies herrliche Werk kennen gelernt zu haben. Ein einmaliges Hören genügt nicht, daher dürfte eine Wiederholung für nächsten Donnerstag schon darum wünschenswerth sein, weil die Sinfonie bei dem Orchester und Publikum dann noch in frischem Andenken steht. Wir machen ein hiesiges musikliebendes Publikum auf diesen Genuß aufmerksam.

Theater-Nachricht.

Sonnabend: „**Donna Diana**“, oder: „**Stolz und Liebe.**“ Lustspiel in fünf Aufzügen, nach dem Spanischen des Moreto von West.

(Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.)

Sonntag, zum ersten Male: „**Landgraf Friedrich mit der gebißnen Wange**,“ Romantisches Drama in 5 Aufzügen von Alexander Rost.

Verein △. 30 X. 6. J. et B △ I.

Todes-Anzeige.

(Anstatt jeder andern Meldung.)

Am 25. Oktober, Nachmittags 3¼ Uhr, starb nach einer Niederlage von 7 Tagen an einem gastrisch-katarrhalischen Fieber und zuletzt hinzugetretenen Krämpfen, im Alter von 3 Jahren, 4 Monaten, 15 Tagen meine heißgeliebte Enkeltochter Karoline Emilie Löschke in Zindel, Brieger Kreises. Schmerzerfüllt zeige ich dies meinen lieben Anverwandten und Freunden hierdurch ergebenst an. Die Beisetzung erfolgt hier Sonnabend Nachmittag 2 Uhr in meinem Erbbegräbniß auf dem M. Magdal.-Gottesacker ad St. Nikolai.

Breslau, den 27. Oktober 1848.

Fr. Gottlob Scholz, Stadtältester.

Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Den 17. Oktober Nachmittags 1 Uhr verschied im 36sten Lebensjahre mein geliebter Sohn Carl Thomas, Lokalist zu Stargard in Pommern, an der Cholera. Theilnehmenden Verwandten und Freunden diese Anzeige.

Jarischau bei Striegau, den 25. Oktober 1848.

A. Thomas, Schullehrer.

Todes-Anzeige.

Den heute früh halb 1 Uhr an seinem 71. Geburtstage erfolgten sanften Tod unseres lieben Vaters, Groß- und Schwieger-Vaters, des reichsgräflich Schaffgotsch'schen Forstmeisters Perschke, zeigen wir hiermit ergebenst an, und bitten um stille Theilnahme.

Hermsdorf u. K., den 21. Okt. 1848.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse folgte ihren Geschwistern Theobald und Leonie sobald unsere liebliche Tochter Elisabeth nach. Der Herr rief sie in voller Blüthe und Kraft gestern Abend 9 Uhr durch den Tod an der Bräune, in dem Alter von 3 Jahren 1 Monat und 26 Tagen, zur Heimath des ewigen Friedens. Mit tiefzerrissenem Herzen, um stille Theilnahme bittend, zeigen dies Verwandten und Freunden nah und fern hiermit an:

die tiefgebeugten Eltern

Ernst Wandel, Pastor.

Louise Wandel, geb. Gogler.

Dyhernfurth, den 27. Oktober 1848.

Schnabel's Institut
für gründliche Erlernung des Flügelspiels,
am Neumarkt Nr. 27.

Die sich steigernde Schülerzahl macht die Eröffnung neuer Cursen für Anfänger und Geübtere nothwendig; diese beginnen mit dem 1. November und werden hierzu Anmeldungen täglich von 1—2 Uhr in meiner Wohnung angenommen, woselbst auch Prospekte gratis in Empfang zu nehmen sind.

Julius Schnabel.

Herzlichen Dank und Lebewohl rufen wir bei unserem Scheiden von dem Vaterlande allen unsern Freunden und Bekannten zurück und verbinden zugleich den Wunsch, im fernen Australien künftiges Jahr mit vielen jetzt noch zurückgebliebenen Bekannten einen Dank und Freundschaftsgruß ertönen zu lassen.

Indem wir dieses wünschen, empfehlen wir allen, die gesonnen sind, künftiges Frühjahr zu folgen, den Herrn **F. C. T. Hartig** in Liegnitz, Breslauer Vorstadt 154, welcher die Reise selber mitmachen wird, als einen biederen und reelen Mann, derselbe ist vermöge seiner dortigen Bekanntschaft in Stand gesetzt, jedem Auskunft zu ertheilen, und hat durch Rath und That auch jetzt an Mittellosen viel gethan.

Hauptsächlich aber danken wir der höchst freundlichen Fürsorge der Herren **Godefrey** und **Delius**, welche sich bei unserem Verweilen in Hamburg unsere Bewirthung sehr angelegen sein ließen.

Auf immer empfehlen sich im Namen aller Mitreisenden:

Heinrich Lange.
Scholz.
Wolf.
Hildebrand.

Port Godefrey b. Stade, den 25. Oktbr. 1848.

Heute den 28. Oktober, Versammlung des Klubbs des 7ten Bürgerwehr-Bataillons, im König von Ungarn, Abends 7 Uhr.

Der Vorstand.

Meine **deutsche, französische** und **englische Lesebibliothek**, sowie die damit verbundenen **Journal- und Bücher-Lese-Zirkel**, empfehle ich zur gefälligen Benutzung.

E. Neubourg, Elisabetstraße Nr. 4.

Avertissement.

In dem Depositum des unterzeichneten Gerichts befinden sich folgende Testamente:

1) des Marschallkutschers Gottfried Hoffmann und seiner Verlobten Maria Elisabeth Wiesner, vom 18. Mai 1789;
2) der bürgerlichen Tabaksfabrikanten-Frau Maria Barbara Regin, geb. Gablerin, vom 12. November 1789;
3) der verwittweten Anna Maria Elisabeth Kleinertin, geb. Belon, vom 10. März 1791;
4) der Unteroffiziers-Frau Anna Rosina Petrollin, geb. Krausin, vom 8. Mai 1789;
5) des Grenadier Johann Friedrich Resch von der Hauptmann v. Heine'schen Compagnie, vom 11. Mai 1790;
6) des Feldwebel George Künzel von der Hauptmann v. Klasinski'schen Compagnie, vom 17. Mai 1790;
7) des Musketier Christian Hoffmann von der Major und Commandeur v. Schweinitz'schen Compagnie, vom 17. Mai 1790;
8) des Feldwebel Gottfried Drescher von der Oberstlieutenant v. Knobelsdorff'schen Grenadier-Compagnie, vom 26. Mai 1792;
9) der Musketier-Frau Anna Rosina Goldmann, geb. Kampin, von der Hauptmann v. Koblinski'schen Compagnie, vom 26. Mai 1792;
10) der Grenadier-Frau Anna Rosina Reiner, geb. Palaskin, von der Oberstlieutenant v. Knobelsdorff'schen Compagnie, vom 26. Mai 1792;
11) des Kanonier Friedrich Jahn, vom 19. April 1792;
12) der Compagnie-Chirurgus-Frau Anna Dorothea Siegert, geb. Eitelgerst, vom 1. Juni 1792.

Da seit ihrer Niederlegung ein längerer als 56jähriger Zeitraum verflossen ist, ohne daß die Publikation derselben nachgesucht, und ohne daß von dem Leben oder Tode der Testatoren etwas bekannt geworden ist, so wird das Vorhandensein dieser Testamente öffentlich bekannt gemacht, und es werden die Interessenten zur Nachsuchung der Publikation aufgefordert, widrigenfalls nach den Vorschriften des Allg. Landrechts, Thl. 1., Tit. 12, §§ 219, 220 und 221, weiter verfahren werden wird.

Glogau, den 19. Oktober 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Hartmann.

Holz-Verkauf.

Auf den dem hiesigen Kranken-Hospital zu Allerheiligen gehörenden Gütern Herrnprotsch und Peiskerwitz sollen die auf der zur Schüttung eines Haupt-Oderdammes abgegränzten Fläche stehenden Hölzer, und zwar;

zu Herrnprotsch, Breslauer Kreises, den 8. November d. J., und
zu Peiskerwitz, Neumarkter Kreises, den 10. November d. J.

im Wege der Licitation verkauft werden.

Die zum Verkauf kommenden Hölzer bestehen in Eichen, Buchen, Rüstern und Linden Nutz- und Brenn- und in Strauchholz; die ersteren eignen sich zum Theil zu Schiffsbauholz. Kauflustige werden daher eingeladen, sich an gedachtem Tage **Vormittags 9 Uhr** bei den Forstbeamten der bezeichneten Reviere zu melden.

Breslau, 23. Oktober 1848.

Die Direktion
des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen.

Zur Behebung jeden Zweifels wird wiederholt hierdurch bekannt gemacht, daß die Anordnung, wonach die Sonntags-Versammlungen und Schießübungen ausgesetzt werden, auch auf die Herbst-Versammlungen der Reserve- und Landwehr-Mannschaft für dieses Jahr Bezug hat, solche demnach in diesem Monat nicht stattfinden.

Breslau, den 26. Oktober 1848.

Das Kommando des 1. Bataillons (Breslau) 10. Landwehr-Regiments.

Zur Warnung!

Die Theilnehmer an den Unruhen in Stein, Nimptsch'scher Kreises am 30. März d. J. sind wegen der von ihnen verübten Erpressungen, nach Verhältniß ihrer Schuld, zu dreimonatlicher bis zu dreijähriger Zuchthausstrafe rechtskräftig verurtheilt worden. Brieg, den 24. Oktober 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.
Kommission für Untersuchungssachen.

Bücher-Auktion.

Die zum Nachlasse des Herrn Professor Dr. Jakoby gehörigen Bücher werden am 2. und 3. November Nachm. 2 Uhr in der königl. Bibliothek, Neue Sandstraße Nr. 3, versteigert werden und ist der gedruckte Katalog in der Buchhandlung Ferd. Hirt gratis zu haben.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Aufforderung.

Alle die, welche an die Nachlaßmasse des zu Neukirch verstorbenen Pfarrers Wentzel Forderungen zu machen oder Zahlungen zu leisten haben, werden aufgefordert, sich spätestens binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Neukirch, den 26. Oktober 1848.

Die Exekutoren.

Concerte des Künstlervereins.

Der hiesige Künstlerverein wird in bevorstehendem Winter **vier** Abonnements-Concerte, immer Donnerstag Abends 7 Uhr im Musiksaale der Universität veranstalten, insofern die Anzahl der Abonnenten die Kosten des Unternehmens deckt. Man abonnirt in jeder der hiesigen Musikhandlungen mit 2 Rtlr. auf 4 Concerte. Das erste würde Mitte November stattfinden.

Der Landbote,
herausgegeben von Wilda,

erscheint vierteljährlich in 12 Nummern von mindestens einem halben Bogen für den Preis von 3 Sgr. im Wege des Buchhandels; alle Postämter nehmen gleichfalls, jedoch zum Preise von 4 Sgr. pro Quartal, Bestellungen an, und liefern denselben durch ganz Schlesien sofort nach Erscheinen.

Der Landbote ist dazu bestimmt, im Sinne des konstitutionellen Königthums mit freiester Verfassung, politische Bildung zu verbreiten und über die Fragen der Zeit in gemeinfaßlicher Weise Auskunft zu geben.

Derselbe entspricht dem Geiste der Freiheit, zugleich aber auch dem der Ordnung und des Rechtes.

Unter der Rubrik „**Welthändel**“ enthält jede Nummer einen Bericht und Betrachtung über die wichtigsten Ereignisse der letzten Woche, an welche sich dann Aufsätze mannigfaltigen Inhalts und verschiedener Form anschließen.

Wir machen vorzugsweise die Herren **Gutsbesitzer, Geistlichen, Schullehrer** und **Dorfschulzen** auf denselben aufmerksam, da diese am öftesten Veranlassung haben, vorgefaßte Meinungen der Landbewohner zu berichtigen, wobei denselben der Landbote sehr gute Dienste leisten wird.

Ein Blick in die bis jetzt erschienenen 27 Nummern wird das hier Gesagte bestätigen, so wie der wohlfeile Preis Jedermann überzeugen kann, daß es sich hier nicht um eine Spekulation, sondern allein um die gute Sache handelt, an deren Förderung jedem Gutgesinnten gelegen sein muß.

Hiesige Abonnenten erhalten den Landboten sofort frei ins Haus gesendet.

Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.** in **Breslau.**

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

In unserer Bekanntmachung vom 14. September 1847 ist Denjenigen, die sich bei der Anleihe von 2,300,000 Rthlr. gegen 5proz. Prioritäts-Obligationen Ser. III. betheiligt haben, freigestellt worden, nicht blos die damals eingeforderten 40 Prozent, sondern die vollen Kapitalbeträge einzuzahlen, und dagegen die entsprechende Anzahl Obligationen nebst Coupons in Empfang zu nehmen. Es ist diese Volleinzahlung auch in Ansehung des größten Theils des Kapitals geleistet worden. Diejenigen Zeichner aber, welche diese Volleinzahlung noch nicht geleistet haben, werden hierdurch aufgefordert, die zur Volleinzahlung des gezeichneten Kapitals erforderlichen Restbeträge **in der Zeit vom 1. bis 14. Dezember d. J., Vormittags von 9 bis 1 Uhr,** mit Ausnahme der Sonntage, **an die Gesellschafts-Hauptkasse auf dem hiesigen Bahnhofe** zu zahlen und dagegen die entsprechende Anzahl Prioritäts-Obligationen Ser. III. nebst Zins-Coupons vom 1. Januar 1849 ab in Empfang zu nehmen.

Von den bereits gezahlten Kapitalsbeträgen werden hierbei den Betheiligten 5 Proz. Zinsen vom Tage der Einzahlung der letzten Rate bis zum Tage der Volleinzahlung zu gute gerechnet, und ebenso 5 Proz. Zinsen von da ab bis zum 1. Januar 1849 auf das volle Kapital vergütigt, weil eben die Obligationen mit Coupons von diesem Termine ab ausgegeben werden.

Die in Breslau und Umgegend ansäßigen Interessenten können die Restzahlung in den vorgedachten Tagen und Stunden auch bei der Stationskasse auf dem Breslauer Bahnhofe gegen eine Interimsbescheinigung des Einnehmers Reinicke leisten und gegen Rückgabe derselben die entsprechenden Prioritäts-Obligationen nebst Coupons nach Verlauf von acht Tagen ebendaselbst in Empfang nehmen.

Berlin, den 23. Oktober 1848.

**Die Direktion
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

Die 18te Einzahlung von 5 Prozent der

Friedr.-Wilh.-Nordbahn-Certificate

besorgen bis incl. den 29. Oktober gegen billige Provision:

Gebrüder Guttentag.

Eröffnung des Seebnitzer Bock-Verkaufs
am 5. November.

Der Bockverkauf aus der hiesigen wollereichen und gesunden Original-Stammheerde beginnt bei festen Preisen nach Wunsch älterer Geschäftsfreunde dieses Jahr früher, und zwar:

den 5. November.

Seebnitz bei Hainau.

Die gräflich Dohna'sche Güter-Verwaltung.

Neueste große Siebenbürger Pflaumen

empfehle ich bei Abnahme von 5 Pfund für 8 Sgr. 9 Pf. und in einzelnen Pfunden für 2 Sgr.

E. Bergmann, Goldeneradegasse Nr. 26.

Baierischer Hopfen diesjähriger Ernte,

von seltener Schönheit, ist eingetroffen und lagert zum Verkauf bei

C. F. G. Kaerger, Reuschestraße Nr. 45, im Comtoir.

☞ Eine **bel-étage** von 6 Zimmern und Zubehör, ein **dritter Stock**, 6 Zimmer und Zubehör, und ein **grasartiges Handlungs-Lokal**, alles in der schönsten und lebhaftesten Gegend der Stadt, sofort billigst zu vermiethen durch

das **Central-Adreß-Bureau**, Kupferschmiede-Straße Nr. 17.

Diesjähriges Fabrikat. Haarerzeugendes grünes Kräuteröl.



Ueberall anerkannt für das **einzig** und **allein** wahrhaft **wirksame** und **zweckmäßige Mittel**, sowoh auf **gänzlich kahlen Stellen** des Kopfes Haare zu **erzeugen**, als auch **das Ausfallen** und **Ergrauen zu hindern.**

Preis à Flacon 25 Sgr.

Für Breslau allein echt zu haben bei

A. E. Aubert, Bischofsstraße Stadt Rom.

Hausverkauf zu Tharandt im Königreich Sachsen.

An genanntem Orte, seiner schönen Lage wegen wohl bekannt, ist ein massives, in italienischem Styl neu erbautes Haus, nebst Pferdestall, Wagenremise und einem das Haus umgebenden Hof und Garten, sofort zu verkaufen. Kaufliebhaber werden ersucht, wegen der Kaufbedingungen an Herrn Dr. Reum zu Tharandt entweder persönlich, oder mittelst frankirter Zuschriften sich gefälligst zu wenden.

Bekanntmachung.

Der Disponent und Rendant der hiesigen Kammgarn-Spinnerei der Seehandlung, Gustav Albers Lüdersdorff, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 61, und dessen Ehegattin Nathalie Henriette Mathilde Lüdersdorff, geborene Belin, haben bei Verlegung ihres Wohnortes von Bromberg nach Breslau, die am ersten Orte stattfindende Gütergemeinschaft, zufolge Verhandlung vom 27. September d. J. gerichtlich aufgehoben, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Breslau, den 2. Oktober 1848.

Königliches Stadt-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Es soll die Lieferung der, zur Verpflegung der hiesigen Kriminal-Gefangenen nothwendigen Naturalien, für den Zeitraum vom 1. Dezember d. J. bis zum 30. November 1849, im Wege der Lizitation an den Mindestfordernden verdungen werden, und ist zu dieser Verdingung ein Termin auf

den 10. November d. J.

Nachmittags von 3 Uhr ab, in dem Lokale des hiesigen königl. Land- und Stadt-Gerichts, vor dem Land- und Stadt-Gerichts-Rathe Schultz-Völcker, anberaumt. Wir laden Lieferungslustige, welchen die näheren Bedingungen in unserer Registratur zu jeder Zeit werden vorgelegt werden, zu diesem Termine mit folgenden Bemerkungen ein: 1) Zu liefernde Gegenstände sind: a) hausbackene Brote per Portion 1 Pfund 12 Loth; b) Butter; c) Salz; d) Gerstenmehl; e) Hirse; f) Kartoffeln; g) Graupe; h) Erbsen; i) Brennöl; k) Talglichte; l) grüne Seife; m) Lagerstroh; sie werden ausgeboten und geliefert: a per Portion; b und c per Pfund; d, e, f, g, h per Scheffel preußisch Maaß; i, k und l per Pfund; m per Schock, das Gebund zu 20 Pfund gerechnet. 2) Die Zahlung an den Lieferanten erfolgt mit dem Schlusse eines jeden Monats. Die Zahl der im Durchschnitte täglich zu verpflegenden Gefangenen beträgt zwischen 50 und 60. 4) Der Lieferant hat bei Uebernahme aller oder der Hauptartikel eine Kaution von 150 Rthlr., entweder baar, resp. in Staatspapieren, oder in sicheren Hypotheken zu bestellen. Submissionen werden auch vor dem Termine in Empfang genommen werden.

Liegnitz, den 10. Oktober 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Deputation für Untersuchungen.

Nothwendige Subhastation!

Das dem Kafetier Ignatius Riedel gehörige Gartengrundstück Nr. 1082 hierselbst, worin zeither die Schankwirthschaft betrieben, auf 12,498 Rthlr. gerichtlich abgeschätzt, soll auf **den 1. Dezember 1848** von Vormittag 11 Uhr ab an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein liegen in der III. Abtheilung unserer Kanzlei zur Einsicht bereit,

Görlitz, den 6. Mai 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Ediktalladung.

Bei dem unterzeichneten königl. Appellationsgericht hat Christian Gottlieb Gärtner, Einwohner und Schneider zu Dittelsdorf, in dem königl. sächsischen Markgrafthum Oberlausitz, angebracht, daß seine Ehefrau Marie Dorothea, geb. Schubert, ihn gänzlich verlassen habe und mit der Versicherung, daß er seit eilf Jahren von ihrem Leben und Aufenthalte nicht das Geringste habe in Erfahrung bringen können, auf öffentliche Vorladung derselben und Trennung der mit ihr geschlossenen Ehe angetragen.

Nachdem nun hierauf

der 6. Dezember d. J.

zum Güte- und Rechtstermine anberaumt worden ist, so wird die verehelichte Gärtner hierdurch vorgeladen, gedachten Tages, Vormittags 10 Uhr, vor dem hiesigen königlichen Appellationsgerichte in Person zu erscheinen, sich daselbst mit ihrem ebenfalls vorgeladenen Ehemanne wo möglich zu versöhnen und die Ehe mit demselben gebührend fortzusetzen, bei fruchtloser Sühnepflegung aber auf die wider sie erhobene Desertionsklage, welche in der Kanzlei des königl. Appellationsgerichts hierselbst ihr auf Ansuchen vorgelegt und abschriftlich mitgetheilt werden wird, sich einzulassen und nach Befinden

den 6. Januar 1849

der Publikation eines Erkenntnisses gewärtig zu sein.

Budissin, am 8. Septbr. 1848.

Königl. sächsisches Appellationsgericht daselbst.
Klengel.
Schuster, S.

Zur Anfertigung der feinsten und saubersten

Autographie

empfiehlt sich das lithographische Institut von

C. E. Ihle u. Comp.,
Ring Nr. 20 (Becherseite).

Ein Ritter- oder Freigut in Schlesien, am liebsten an der linken Oder-Seite, im Preise von 30—50,000 Rthl., wird bei einer baaren Anzahlung von 10,000 Rthl. von einem ernsten Käufer sofort zu acquiriren gesucht, und werden Offerten poste restante Breslau A. K. franco erbeten.

Gasthofs-Empfehlung.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage das

„Hotel zum Rautenkranz" in Liegnitz

übernommen habe. Ich werde bemüht sein, den Anforderungen der geehrten Reisenden auf das Beste und Billigste zu entsprechen. Liegnitz, den 26. Oktober 1848.

Robert Welt.

Lieferungs-Unternehmen.

Für die hiesige königl. Artillerie-Werkstatt soll auf das Jahr 1849 die Lieferung ihres Bedarfs an Hanf, Leinenwaaren und Leinöl öffentlich verdungen werden. Es ist hierzu auf Sonnabend

den 18. Nov. d. J. Vorm. 9 Uhr

ein Submissions-Termin für Hanf und um 9½ Uhr ein Licitations-Termin für Leinwand und Leinöl im Werkstatt-Büreau auf dem Bischofshofe hierselbst, woselbst Proben von jenen Artikeln und die anderweitigen Bedingungen von heute ab zur Ansicht bereit liegen, angesetzt. Kautionsfähige und sonst geeignete Unternehmer werden hiermit zur Uebernahme dieser Lieferungen aufgefordert und ersucht, ihre Angebote zur Submission schriftlich und versiegelt bis zu Anfang des Termins einzureichen, zur Licitation aber persönlich oder durch Bevollmächtigte zu erscheinen, ihre Angebote mündlich abzugeben.

Neisse, 11. Oktober 1848.

Königliche Verwaltung der Haupt-Artillerie-Werkstatt.

Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß die am 15ten d. M. zu Ohlau beabsichtigte Katzenmusik von mir veranstaltet worden sei, und daß ich namentlich zu diesem Zwecke Geld ausgetheilt habe. Ich glaube einem großen Theile der Einwohner Ohlau's und der Umgegend von einer Seite bekannt zu sein, daß ich nicht nöthig haben würde, mich gegen den mir gemachten Vorwurf zu rechtfertigen. Da es indeß hier wie überall Personen genug giebt, welche solchen lügenhaften, die Ehre kränkenden Beschuldigungen Glauben schenken, so erkläre ich hierdurch, daß ich gegen Verbreiter solcher Gerüchte auf die mir geeignet erscheinende Art Genugthuung zu erlangen wissen werde.

Thiergarten, 21. Oktober 1848.

Baclé,
Werkführer der Zinkwalze.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

1. Herrn Kleiderhändler Kirsch,
2. verwittwete Frau Haupten,
3. Herrn Korbmachermeister Scholz,
4. „ Freiherrn Eugen von Kinsky,
5. „ Tischlermeister Friedrich,
6. „ Schuhmachermeister Schwarzbeck,
7. „ Unteroffizier Gierad, 2te Kompagnie 11tes Regiment,
8. „ Rittergutsbesitzer Tschirschky in Hartlieb,
9. „ Bauch,
10. „ Gelbgießer Scholz,
11. „ Kaufmann August Tietze,
12. „ Senftner,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 27. Oktober 1848.

Stadt-Post-Expedition.

Offener Bürgermeister-Posten.

Am 1. Januar 1849 soll hierorts der Bürgermeister-Posten, mit dem ein jährl. Gehalt von 386 Rthlr. verbunden ist, neu besetzt, die Wahl den 15. November d. J. vorgenommen werden. Qualifizirte Bewerber nm dieses Amt werden ersucht, unter Einreichung ihrer Atteste bis zum 10. November beim Unterzeichneten sich zu melden. Gleichzeitig wird bemerkt, daß, wenn bei Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung der jetzt anzustellende Bürgermeister nicht wieder gewählt werden sollte, keine Entschädigung und Pension gewährt wird.

Rosenberg O/S., den 26. Okt. 1848.

F. Hanke,
Stadtverordneten-Vorsteher.

Ich habe mich hierselbst niedergelassen.
Dr. **Levysohn**, prakt. Arzt und Wundarzt, Schuhbrücke Nr. 72.

Für Gutsbesitzer.

Sollte ein Gutsbesitzer sein nicht hoch verschuldetes Gut gegen ein ziemlich großes Haus in bester Lage mitten in Breslau auf reele Weise vertauschen wollen, so möge er das Nöthige unter der Adresse „A. K. Nr. 22, poste restante Breslau" einschicken. Strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.

Es ist gestern den 27. Okt. auf der Taschenstraße eine seidene mit Stahlperlen verzierte Geldbörse verloren gegangen; dem ehrlichen Finder wird der Inhalt dieser Börse zugesichert, und außerdem noch 1 Thaler Belohnung, wenn er sie dem Portier des Hauses Nr. 26 am Schweidnitzer Stadtgraben abgiebt.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Die Dichtkunst und ihre Gattungen.

Ihrem Wesen nach dargestellt, und durch eine nach den Dichtungsarten geordnete Mustersammlung erläutert

von

August Knüttell,
Prediger an St. Barbara zu Breslau.

Mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen.

Zweite, verbesserte und vermehrte Ausgabe. gr. 8. broch. 1⅓ Thlr.

Altes Theater.

Sonntag den 29. Oktober erste Vorstellung unter Leitung des Prof. Hrn. **Eberle**, erster Meister der Akustik und des Metamorphosen-Theaters, mit fünf Fuß hohen Figuren.

A. Schwiegerling.

Maskenball

im Saale des

Café restaurant

morgen Sonntag den 29. Oktober.

Die Musik wird von der ganzen Kapelle der **Breslauer Musikgesellschaft** ausgeführt. Näheres besagen die Anschlagezettel.

Humanität.

Die laut unserm Kalender für das Winter-Halbjahr 1848—49 anberaumte erste gesellschaftliche Versammlung findet, anstatt Mittwochs den 1. November, eingetretener Umstände halber schon

Dinstags den 31. Oktober statt.

Zum **Fleischausschieben** und **Wurst-Abendbrot,** Sonnabend den 28. Oktober, ladet ergebenst ein: **Fabian,**
im Morgenauer Kretscham.

Zum Fleisch- und Wurstausschieben auf Sonnabend den 28. d. Mts. ladet ergebenst ein: **Höbel**, Schankwirth,
Bürgerwerder, Wassergasse 17.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben,** heute, Sonnabend den 28. Oktober, ladet ergebenst ein:
Müller, Mehlgasse Nr. 15.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben** und Wurst zum Abendbrot auf heute, Sonnabend den 28. Oktober, ladet ergebenst ein:
W. Härtel, kleine Groschengasse Nr. 18.

Heute: Concert in der bairischen Bierhalle zur Hoffnung, von Hrn. Drescher.
Lessing.

Zur Kirmeß

ladet auf Sonntag, Montag und Dinstag ein: **Rabe,** Gastwirth in Gabitz.

Zur Tanzmusik,

Sonntag den 29. Oktober, ladet ergebenst ein: **Seiffert,** in Rosenthal.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben nebst Wurst-Abendbrot, Sonnabend den 28. Okt., ladet ergebenst ein: **Karl Kuppert**, Nikolaistraße Nr. 67, im goldnen Häsel.

7000 Rthlr. 5½ pCt. 1ste Hypothek, und **2500 Rthlr.** Hypotheken sind zu acquiriren: Schuhbrücke 21, par terre.

Eine Ziehmangel
ist zu verkaufen Ketzerberg Nr. 8.

Gutssache.

Wenn ein Gutsbesitzer in Mittel- oder Niederschlesien durch eine leichte Transaktion mit seinem Gute eine sehr schöne große Herrschaft in Oberschlesien erwerben will, so kann ein zuverlässiger Commissionär dies sogleich bewirken, sobald die Meldung unter Adresse: D. L. F. poste restante Breslau eingeht.

Weißen harten **Mittelzucker** in ganzen Broden, à 5 Sgr. pro Pfd., bei
Schüler u. Comp.,
Junkernstraße Nr. 33.

Eine Fleischerei
mit allen Bequemlichkeiten ist zu vermiethen und bald zu beziehen, eben so eine kleine Wohnung, neue Sandstraße Nr. 5.

Gebrauchte Oefen, noch in gutem Zustande, werden gesucht neue Sandstraße Nr. 5.

Ein sehr billiger Flügel steht zu verkaufen Karlsstraße Nr. 35, im Hofe 1 Stiege.

Roßmarkt Nr. 6 ist von Ostern ab die zweite Etage zu vermiethen; das Nähere darüber eine Treppe im Comtoir.

Ein freundliches Gewölbe in dem Hause Nr. 4 auf der Schweidnitzer Straße ist Termin Weihnachten zu vermiethen. Das Nähere beim Wirth, Schweidnitzer Straße Nr. 3, eine Stiege hoch, zu erfahren.

Ein schönes großes, elegant möblirtes Vorderzimmer ist sofort an einen soliden Miether abzugeben. Tauenzienplatz Nr. 10, 3 Treppen zu erfragen, von 11 bis 1 Uhr.

Odervorstadt, Kohlenstraße Nr. 4, ist eine freundliche Wohnung im zweiten Stock zu vermiethen.

Zu vermiethen und bald zu beziehen sind Gartenstraße Nr. 6 im ersten Stock 2 höchst freundliche und eben so bequeme Wohnungen, jede bestehend aus 3 Stuben, 1 Kabinet, so wie Küchenstube und geräumigen Keller und Bodenraum.

Eine möblirte Stube Ketzerberg Nr. 8, erster Stock vorn heraus, gleich zu beziehen.

Eine möblirte Stube ist bald zu vermiethen, Neumarkt Nr. 12 im ersten Stock.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Oberamtm. Kleß a. Gleiwitz k. Landes-Aeltester Baron v. Tschammer a. Dromsdorf. Frau Lion a. Petersburg. Dr. Lemonius a. Beuthen.

Breslauer Getreide-Preise
am 27. Oktober.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	62	Sg.	56	Sg.	47	Sg.
Weizen, gelber	60	„	55	„	46	„
Roggen	35	„	32	„	29	„
Gerste	28½	„	26	„	24	„
Hafer	17	„	16	„	15	„

Breslau, den 27. Oktober.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96⅓ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112¼ Gld. Polnisches Courant 94⅓ Br. Oesterreichische Banknoten 95½ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 74¼ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95½ Br., neue 3½% 78 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 90⅓ Br., Litt. B 4% 92 1/12 Br., 3½% 81⅓ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 90½ Br., neue 90½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 86¼ Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 89 Gld., Litt. B 89 Gld. Krakau-Oberschlesische 42½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 68¼ Br. Neisse-Brieger 38 Gld. Köln-Mindener 3½% 74 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 41⅓ Br.

Berlin, den 26. Oktober.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 74 bez. u. Br., Prior. 4½% 89¼ Br. Niederschlesische 3½% 68 etw. bez., Prior. 4% 82⅛ bez. u. Br., Prior. 5% 93½ Gld., Serie III 5% 88¾ Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 89¼ Gld., Litt. B 89¼ Gld. Rheinische 52 Br, Prior.-Stamm 4% 67 Br. Posen-Stargard 4% 66¼ bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 41½ u. ⅜ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½% 74⅛ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92 bez. Posener Pfandbriefe 4% 94¾ bez., neue 3½% 77⅝ bez. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112⅞ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue 90¼ Gld.

Bei nur beschränktem Geschäft in Fonds und Eisenbahn-Aktien stellten sich deren Course größtentheils etwas niedriger.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.